Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1925

31.1.1925 (No. 31)

Visual Library

Nummer 31 — Karlsruhe, Samstag, den 31. Januar 1925 — 63. Jahrgang

Badischer Beobachter

Erscheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen. „Blätter für den Familientisch", „Kunst und Wissen", „Frauenrundschau" und „Sterne und Blumen". Schluß der Anzeigen-Annahme: nachm. halb 6 Uhr. — Drahtadr.: Beobachter. — Postscheckkonto Amt Karlsruhe 4844. Fernspr.: Geschäftsstelle 535, Redaktion 572. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis: monatl. durch Träger Mk. 2.30 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Mk. 2.20), wöchentl. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen. Anzeigenpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklamenteil 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Betreibung und bei Konkurs wegfällt.

Herriot

hat mit seinen Ausführungen über Deutschland seine nationalistischen Gegner angenehm enttäuscht, dagegen die deutschen Demokraten, letztere im weitesten Sinn des Wortes verstanden, unangenehm. Auf der französischen Rechten herrscht Trübsal am Schluß der Rede und Herriot wurde beglückwünscht; seine Rede wird überall angeschlagen. Einige Wendungen, die er gebracht hat, z. B. über die Militärprozesse über den Exkronprinzen und den Kaiser scheinen die Vermutung zu rechtfertigen, daß er den Beifall der Rechten unbedingt wollte. Doch er sah es darauf ab, seine Stellung innenpolitisch zu festigen und es ist ihm gelungen. Man kann dieses für uns betrübliche Spiel kaum betrachten, ohne die Bemerkung zu machen: es steht doch manchmal recht schlecht um die Ueberzeugungstreue moderner führender Männer. War es Herriot so leicht, sich der übeln nationalistischen Beweisstücke der Rechten zu bedienen und den Beifall der Rechten zu erringen, dann steht es schlecht um seinen Charakter. Dann weiß man aber auch nicht, ob es ihm jetzt ernst ist, oder ob es ihm früher, als er sich zur Verständigung bekannte, ernst war. Allerdings auch jetzt hat er von der Verständigung der zwei Mächte Frankreich und Deutschland als einem notwendigen und wünschenswerten Ziel gesprochen und den Gedanken von den Vereinigten Staaten Europas als erstrebenswertes Ideal bezeichnet. Aber mit was ist es ihm denn nun ernst? Hat es sich für ihn wirklich nur darum gehandelt, nun auch die Sympathien der Rechten zu gewinnen, die er durch seinen Feldzug gegen die vatikanische Botschaft schwer gefährdet hat, oder wollte er einen Wendepunkt in seiner Politik gegenüber Deutschland ankündigen?

Eines dürfen wir allerdings nicht vergessen. Der Ausgang der Regierungsbildung im Reich ist für uns keine Empfehlung in Frankreich. Und Frankreich ist nun einmal ängstlich und mißtrauisch. Es war ja vorauszusehen daß die Rechtsschwenkung in der deutschen Regierung nicht ohne Folgen in der französischen Regierung bleiben werde. Bedenklich macht nur daß schon vor der einstweiligen Lösung der deutschen Regierungskrisis die Unfreundlichkeit der Nichträumung der Kölner Zone und deren Begründung mit etwas windigem Material feststand.

Sei dem, wie immer: wir dürfen nun nicht in den früheren Fehler verfallen, die Dinge einfach so zu nehmen, als sei nunmehr Herriot der unentwegteste Vertreter Poincareschen Starrsinns geworden. Die deutsche Regierung muß zeigen daß Herriots Gründe über Vorwände nicht viel hinausgehen und daß Deutschland so verständigungsbereit wie bisher ist. Festigkeit in der Verständigungspolitik und Zielklarheit dem französischen Schwanken gegenüber, ist das Gebotene für uns. Die Politik eines Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und Frankreich selber scheint uns in dieser Beziehung kein schlechter Gedanke, auch wenn er einstweilen nicht mit Enthusiasmus in Frankreich aufgegriffen wird. Aber er kann Vertrauen schaffen und das noch vorhandene stärken. Friede und Verständigung ist ein erwünschtes Ideal, sowohl für die französische wie für die deutsche Bevölkerung. Und schließlich kann keine Regierung auf die Dauer eine Politik treiben, die der Meinung der Mehrheit des Volkes entgegen ist.

Herriot zu seiner Rede.

Paris, 30. Jan. In der Donnerstag-Nachmittagssitzung der französischen Kammer erläuterte Ministerpräsident Herriot einige seiner Erklärungen am Mittwoch. Man gewann aus der Debatte den Eindruck, daß die Sozialisten großen Wert auf die Interpretation legen, die Herriot gab.

Herriot erklärte: Ich bedauere lebhaft, daß meine gestrige Rede zu Polemiken Anlaß gegeben hat. Ich habe alles mögliche getan, um diese zu vermeiden, denn wenn diese Rede Nutzen bringen soll, dann doch wenigstens im Innern Frankreichs, um dem Auslande zu beweisen, daß die Demokraten ebenso patriotisch sind, wie irgend jemand sonst. Ich habe gesagt, daß ich in dieser heiklen Angelegenheit der Kölner Zone mit aller Macht und mit allen Argumenten diskutieren werde, weil ich angesichts der Ereignisse, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben, jetzt vor der letzten Gelegenheit stehe, die Sicherheitsfrage zu regeln. Ich habe auch gesagt, daß ich um keinen Preis wünsche, daß man annimmt, meine Meinung werde durch den geheimen und nicht zugestandenen Wunsch diktiert, unnötig länger am Rhein zu bleiben. Nach meiner Ansicht sind die drei Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheit und der Entwaffnung untereinander zu verbinden. Ich habe eine schwere Verantwortung nicht nur vor der Gegenwart, sondern auch vor der Zukunft. Wenn ich gestern deutlich gesprochen habe, so ist es geschehen, um zu beweisen, daß wir Linksrepublikaner ebenso wie jeder andere um die Sicherheit Frankreichs besorgt sind. Meine Rede appelliert an die Vernunft, an das Gewissen und die Klugheit der Männer der Freiheit und des Friedens, besonders an die in Deutschland. Nur dadurch allein kann eine Verständigung erzielt werden, die aus der wahrhaft tragischen Lage herausführt, damit endlich alles in Freiheit und Frieden arbeiten kann.

Es entstand hierauf eine Diskussion in scharfen Worten über einen Antrag des Sozialisten Varenne, betreffend den Anschlag der Rede, der der Kammerpräsident Painleve dadurch ein Ende machte, daß er für kurze Zeit die Sitzung unterbrach.

Nach der Wiederaufnahme der Kammersitzung erklärte Herriot, indem er nochmals das Wort ergriff, er bitte die Mehrheit, die seine Partei unterstützt habe, sich durch Kommentare der Gegner nicht den Sinn der Erklärungen, die er gestern gegeben habe, entstellen zu lassen, Was er gestern gesagt habe, entsprach vollkommen der Politik der Sicherheit und des Friedens, die die Regierung betrieben habe.

Es erregte große Heiterkeit, als der kommunistische Abgeordnete Cachin sich erhebt und sichtbar vor der ganzen Kammer Beifall klatscht.

Hierauf wird der

öffentliche Anschlag der Rede Herriots

angenommen. — Ueber den Anschlag der von Herriot abgegebenen Erläuterungen kann geschäftsordnungsmäßig erst am heutigen Freitag abgestimmt werden.

„Matin" über die Beweggründe Herriots

Paris, 30. Jan. Der „Matin" untersucht in einem längeren Artikel die psychologischen Beweggründe für die neue Haltung Herriots. Das Hauptbestreben des französischen Ministerpräsidenten sei, so betont das Blatt, darauf gerichtet, um jeden Preis zu verhindern, daß Deutschland einen gegen die europäischen Länder gerichteten Bündnisvertrag abschließe.

Das Blatt behauptet, daß die in einem Moskauer Blatte besprochene Möglichkeit eines „russisch-japanisch-chinesisch-deutschen Blocks" auf Herriot einen tiefen Eindruck gemacht habe. Der Ministerpräsident halte, um dieser Möglichkeit zu begegnen, die moralische Abrüstung und die formelle Beitrittserklärung Deutschlands zu dem Genfer Abrüstungsabkommen für äußerst wünschenswert. Da Europa nach Auffassung Herriots während der Uebergangsperiode mit Kriegsgedanken übersättigt sein werde, sei es die erste Pflicht Frankreichs, die materielle Abrüstung Deutschlands verwirklicht zu sehen. Herriot habe an Hand schlagender Dokumente nachgewiesen, daß Deutschland zu einem neuen Kriege rüste. Solche Behauptungen aus dem Munde des Regierungschefs eines Landes, das am meisten unter dem Kriege gelitten habe, müßten überall tiefen Eindruck hervorrufen. Die Rede Herriots erreiche Amerika in dem Augenblick, wo offizielle Kreise eine neue Abrüstungskonferenz in Erwägung zögen.

Der Bischof von Straßburg gegen Herriot.

Straßburg, 30. Jan. Der Bischof von Straßburg, Dr. Ruch, gibt im „Elsässer" eine ausführliche Antwort an den Ministerpräsidenten, in der er die Kultuspolitik Herriots für Elsaß-Lothringen aufs schärfste ablehnt. Dr. Ruch betont, daß er als Konkordatsbischof des Elsaß spreche, er wolle aber auch als guter Franzose dem Ministerpräsidenten sagen, daß seine Politik für Elsaß-Lothringen eine große Gefahr bedeute. Die Grenze sei nahe, die Deutschen hätten nicht alle auf das verlorene Paradies Elsaß verzichtet, und diesseits des Rheins könne damit Propaganda getrieben werden, daß die Religion unter dem deutschen Regime wohlwollender behandelt würde, als unter dem französischen. Herriot möge nicht Konflikte heraufbeschwören, die Frankreich zum Verhängnis gereichen würden.

Braun wiedergewählt.

Geschlossene Haltung beim Zentrum. — Lange Gesichter auf der Rechten.

Ministerpräsident Braun wiedergewählt.

Berlin, 30. Jan. Im Preußischen Landtag verkündete heute nachmittag 3.35 Uhr unter allgemeiner Spannung Präsident Bartels das Ergebnis der Abstimmung. Abgegeben sind 441 Stimmen. Der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschrieben sind sechs Zettel. Von den übrigbleibenden 435 Stimmen beträgt die Mehrheit 218. Erhalten haben: Braun (Soz.) 221 Stimmen, v. Kries (Dnatl.) 175 Stimmen und Pieck (Komm.) 39 Stimmen. Der Präsident stellt fest, daß der Abgeordnete Braun also zum Ministerpräsidenten gewählt ist.

Die Haltung des preußischen Zentrums.

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, den 30. Januar.

Die Wahl des Ministerpräsidenten, die heute auf der Tagesordnung der Sitzung des preußischen Landtags stand, hat einen ungeheueren Andrang auf den Tribünen des Hauses veranlaßt. Zwar war es noch bis kaum vor Beginn der Sitzung nicht sicher, daß die Wahl heute erfolgen würde; die Rechtsparteien wollten die Wahl um einige Tage hinauszögern, und eventuell sogar die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeiführen, um noch Zeit zu gewinnen, die Zentrumspartei in ihrem Sinne zu „bearbeiten". Aber die bisherigen Koalitionsparteien: Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hatten sich vor Beginn der Sitzung darüber geeinigt, daß der bisherige Ministerpräsident Braun heute noch einmal präsentiert werden soll.

Vor Anbruch der Tagesordnung veranstalteten die Kommunisten den üblichen Radau. Aber dann konnte schließlich doch die Präsidentenwahl vorgenommen werden. Die Abstimmung selbst verlief vollkommen ruhig. Das Interesse wurde erst wieder lebhafter, als der Präsident die Glocke ertönen ließ, um das Resultat der Abstimmung bekannt zu geben. Bei der Bekanntgabe der einzelnen Zahlen erfolgten die üblichen Beifalls- und Mißbilligungskundgebungen. Als Präsident Bartels die Wiederwahl des Abgeordneten Braun zum Ministerpräsidenten feststellte, sah man auf der Rechten des Hauses ziemlich lange Gesichter. Man hatte offenbar erwartet, daß das Zentrum Stimmenenthaltung üben werde. Die Bestürzung war umso größer, als das Zentrum diesmal geschlossen, ohne jegliche Absplitterung, seine Stimme für Braun abgegeben hatte. Die Wirkung dieser einmütigen Haltung der Zentrumsfraktion war unverkennbar. Die Abstimmung des heutigen Tages hat zweifellos dokumentiert daß die künstlich hergestellte Front der Nationalisten und Bolschewisten nicht die Grundlage einer Regierungsbildung abgeben kann, daß diese Front zwar imstande war, damals einen Scherbenhaufen anzurichten, nicht aber etwas Neues an dessen Stelle zu setzen.

Die Abstimmung hat weiter bewiesen, daß die bisherige Koalition die stärkste Mehrheitsbildung darstellt, die überhaupt im Landtag denkbar ist, und daß es deshalb ein unverantwortlicher Leichtsinn der Deutschen Volkspartei war, diese Mehrheit durch ihr gewalttätiges Vorgehen zu sprengen. Wenn die Volkspartei der von ihr selbst mitgemachten Politik der großen Koalition treugeblieben wäre, wäre dem Lande Preußen diese unnötige Regierungskrise erspart geblieben. Die Abstimmung hat alle Illusionen zerstört, denen man sich in den Rechtsparteien bezüglich der Haltung der Zentrumsfraktion hingab. Die Tatsache, daß das preußische Zentrum heute in völliger Geschlossenheit aufgetreten ist, ist das erfreulichste an der heutigen Abstimmung. Das beweist, daß das Zentrum nicht geneigt ist, sich von der Deutschen Volkspartei seinen Weg vorschreiben zu lassen. Das Zentrum in Preußen wird nach wie vor den Weg der politischen Mitte gehen.

Die Micumlasten

vor dem Reichshaushaltsausschuß.

Berlin, 30. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern der sozialdemokratische Antrag wegen der Schädigung der Ruhrindustrie durch die Micumlasten behandelt. Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium wies darauf hin, daß die Industrien des besetzten Gebiets die Sachlieferungen nur wahrnehmen konnten, weil die spätere Rückerstattung dieser Lasten aus Reichsmitteln zugesagt wurde. Die Regierung habe mit den beteiligten Wirtschaftsgruppen Abkommen getroffen, in denen eine Vergütung der nachgewiesenen Leistungen und Schäden zum Teil vereinbart wurde. Diese Abkommen seien inzwischen zum großen Teil durchgeführt worden. In der Aussprache wurde von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite bemängelt, daß ohne staatsrechtliche Grundlage große Summen an die Ruhrindustrie gezahlt worden seien. Ministerialrat Dr. Weichholtz gab darauf Auskunft über das Entschädigungsverfahren. Staatssekretär Fischer bezifferte die Summe der an den Ruhrbergbau geleisteten Zahlungen auf 550 Millionen Mark. Die chemische Industrie habe rund 50 Millionen erhalten, der Braunkohlenbergbau, das Aachener Revier und die Rheinschiffahrt, 45 Millionen. Als Entschädigung auf Grund des Verfahrens waren rund 70 Millionen veranschlagt, die zum großen Teil noch nicht ausgezahlt sind.

Abg. Dr. Quaatz (Dntl.) bedauerte, daß bei den erfolgten Zahlungen die Genehmigung des Reichstages nicht eingeholt worden sei. Die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten wurden bis auf einen Antrag, der eine Denkschrift verlangt, die aber von der Reichsregierung gestern schon zugesagt war, abgelehnt.

Nach der Ruhrdebatte wurde der Etat des Reichsarbeitsministeriums besprochen. Arbeitsminister Dr. Brauns gab eine Uebersicht über Stand und Aufgaben der deutschen Sozialpolitik. Die Schwierigkeiten der Inflation und der Wirtschaftskrise seien jetzt überwunden. In der Arbeitszeitfrage und der Ratifikation des Washingtoner Abkommens stehe das gegenwärtige Reichskabinett auf demselben Standpunkte wie das frühere. Inzwischen habe das Reichsarbeitsministerium mit der Vorbereitung der neuen Arbeitszeitgesetze begonnen. Der Minister kündigte ferner ein Arbeitsgerichtsgesetz und einen Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung an.

Zur Steuerung der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 30. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm einen Antrag an, der die Regierung ersucht, mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt eine Erhebung zu veranstalten, aus der die Zahl der stellungslosen Angestellten, gegliedert nach Geschlecht, Lebensalter, Berufsalter, Familienstand und Stellenlosigkeit zu ersehen sind, um die berufliche Existenz, insbesondere der älteren Angestellten zu sichern.

Nach Trotzki: Sinowjew.

Paris, 30. Jan. Die „Information" meldet aus Moskau, daß die Kaltstellung Sinowjews beschlossen wurde. Sinowjew wird mit einer wichtigen Mission betraut nach Südrußland gehen und vorläufig nach Petersburg und Moskau nicht zurückkehren dürfen. Der Grund für seine Entfernung sei in zahlreichen schweren Fehlern zu erblicken die er als Führer der 3. Internationale begangen habe. Man behauptet, daß die drei russischen ausländischen Vertreter Krassin, Rakowsky und Krestinski ausdrücklich auf der Absetzung Sinowjews bestanden haben. Rakowsky soll erklärt haben, daß die Entfernung Sinowjews die unerläßliche Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit England bilde.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Berlin, 30. Jan. Die „Vossische Zeitung" meldet aus Newyork: Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wird am Montag im Außenausschuß des Senats verhandelt. Hoover und Hughes sind eingeladen. Erklärungen abzugeben, namentlich über die Gleichstellung der beiden Handelsmarinen.

Theunis will zurücktreten.

Brüssel, 30. Jan. Wie aus Regierungskreisen verlautet, hat Theunis erklärt, daß er sein Amt als Ministerpräsident noch vor den endgültigen Wahlen endgültig niederlegen werde.

Ein deutscher Sicherheitsvorschlag.

Die ausländische Presse brachte in diesen Tagen mehrfach Meldungen, denen zufolge die Deutsche Reichsregierung Frankreich einen Sicherheitspakt erneut in Vorschlag gebracht habe. Wie man uns aus Berlin dazu mitteilt, ist es allerdings richtig, daß sich das Reichskabinett schon in seinen ersten Sitzungen mit der Frage beschäftigte, ob durch eine Wiederaufnahme des Vorschlages betreffend den Abschluß eines Garantievertrages die Frage der Räumung der Kölner Zone in Verbindung gebracht werden kann. Persönliche, jedoch bis jetzt noch nicht amtliche oder diplomatische Sondierungen sind nach dieser Richtung hin ergangen. Tatsächlich steht hinter der Räumungsfrage das Problem der Sicherheitsfrage. Die deutsche Reichsregierung würde ihre Pflicht versäumen, wenn sie nicht jede Gelegenheit wahrnehmen wollte, um auf eine Milderung der europäischen Spannungen hinzudrängen, und, soweit sie selber dazu in der Lage ist, Möglichkeiten aufzuzeigen und unmittelbar zu bieten, die auf die Stabilisierung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern und namentlich zwischen Deutschland und Frankreich hinzielen.

Bezüglich des Sicherheitspaktes, der erstmals von der Cunoregierung vorgenommen wurde, wird lediglich der wesentliche Inhalt von damals übernommen, während die Form, wie überhaupt der äußere Rahmen diesmal doch ein anderes Gesicht tragen dürften. Selbstverständlich ist, daß Deutschland einen Sicherheitsvertrag auf Gegenseitigkeit verlangen muß. Und ebenso selbstverständlich vom deutschen Standpunkt aus ist die Forderung, daß dieses Sicherheits-Uebereinkommen sich nicht nur auf die westlichen, sondern auch auf die östlichen Grenzen Deutschlands zu erstrecken hat.

Gerade dieser Punkt ist es, der wohl die Hauptschwierigkeiten in der Behandlung dieser Fragen auch schon in ihrer jetzigen inoffiziellen Form bietet. In Frankreich gibt es sehr starke Widerstände, die sich dem Versuch, auch im Osten eine Garantiefestigung Frankreichs herbeizuführen, schroff widersetzen. Deutschland hat aber das allergrößte Interesse daran, auch diese Dinge mit in den Bereich einer derartigen Regelung zu ziehen. Es ist nicht unbekannt geblieben, daß in Polen ganz auffallende militärische Rüstungen vorgenommen werden, die sich unmöglich einzig und allein aus der Sorge vor einem russischen Ueberfall erklären lassen, deren Tendenz vielmehr auch nach der Anlage dieser Rüstungen und der militärischen Vorbereitungen und Manöver sich ganz offensichtlich gegenüber Deutschland richtet. Diese Dinge sind ja schon soweit gediehen, daß die Deutsche Reichsregierung sehr ernstlich die Frage prüfen muß, ob sie nicht diese polnischen kriegerischen Vorbereitungen zum Anlaß einer offiziellen diplomatischen Aktion nehmen muß. Man sieht also, daß die Sicherheitsfrage an die wichtigsten Probleme der gesamt-europäischen Politik rührt.

Der Barmat-Ausschuß.

Berlin, 30. Jan. Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten erklärt, er sei vom Reichspräsidenten von seiner Amtsverschwiegenheit entbunden worden und berechtigt, den Inhalt der Barmatakten erschöpfend mitzuteilen. Anfangs Mai 1919 habe in Amsterdam ein internationaler Sozialistenkongreß stattgefunden. Dort seien führende Herren der deutschen Sozialdemokratie mit Barmat persönlich bekannt geworden. Darauf sei Barmat nach Berlin gekommen und bei dieser Gelegenheit dem Reichspräsidenten vorgestellt und von ihm empfangen worden. In den Akten befindet sich die Abschrift eines Telegramms von Barmat an Herrn Wels, der damals dem sozialdemokratischen Parteivorstand angehörte. Es hat folgenden Wortlaut:

„Amsterdam, 15 Mai 1919. Verständigt Reichspräsidenten wegen des Dauervisums. Hiesiges Konsulat noch nicht instruiert. Ich denke nächste Woche nach Berlin zu reisen. Grüß an Sie und Müller Barmat."

Dieses Telegramm zeigt folgende Bleistiftnotiz des Reichspräsidenten:

„Das auswärtige Amt hat neulich mitgeteilt, daß Barmat Visum auf längere Zeit erhalten solle Wünsche, daß Gesandter im Haag noch einmal ersucht wird."

Das Telegramm kam dann ans Auswärtige Amt und wurde am 22. Mai dort erledigt. Das Auswärtige Amt telegraphierte an das Generalkonsulat in Amsterdam, Barmat müsse das Dauervisum ausgestellt erhalten. Staatssekretär Meißner gab weiter an, daß am 1. August 1919 die Behörden dem Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt hätten, daß vom Büro des Büros keine amtlichen Gespräche als Dienstgespräche nach dem Ausland geführt worden seien. Es wurde festgestellt, daß der Leiter des Büros, der inzwischen verstorbene sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Franz Krüger Barmat gestattet habe Privatgespräche vom amtlichen Fernsprecher nach Amsterdam zu führen. Der Reichspräsident habe dies sofort untersagt. Im Januar 1920 übersandte der Finanzminister dem Büro des Reichspräsidenten eine Grenzempfehlung, die einem Angestellten Barmats ausgestellt war und in der gesagt sei, der Vertreter reise in amtlichem Auftrage. Ihm sei daher jede mögliche Erleichterung zu gewähren. Auch hier handele es sich um eine Eigenmächtigkeit Krügers. Der Reichspräsident habe Vorsorge getroffen, daß derartiges nicht mehr vorkommen könne. Die Handlungen Krügers seien eigenmächtig und ohne Weisung des Reichspräsidenten und gegen seinen Willen erfolgt.

Abg. Bruns (Dntl.) wies darauf hin, daß vom Büro des Reichspräsidenten ein Dementi ausgegeben worden sei, in dem es heißt, daß Barmat niemals durch den Reichspräsident eigenhändig auf ein Telegramm den Vermerk gemacht habe, in dem er den Wunsch ausdrückte, daß Herrn Barmat ein Visum ausgestellt werde.

Abg. Deerberg (Dntl.) hob hervor, daß ein Ersuchen von einem so hohen Beamten wie dem Reichspräsidenten als Befürwortung aufgefaßt werden müsse.

Auf Anfrage des Abg. Nuschke (Dem.) entgegnete Staatssekretär Meißner, er wisse nichts davon, daß Krüger, als er noch im Büro des Reichspräsidenten tätig war, wiederholt in Holland als Gast Barmats geweilt habe.

Abg. Nuschke (Dem.) erklärt, es könne nach den Darlegungen des Staatssekretärs als erwiesen angesehen werden, daß der Reichspräsident in dieser Frage absolut korrekt gehandelt habe.

Abg. Schwering (Ztr.) hält ebenfalls das Verhalten des Reichspräsidenten für absolut korrekt.

Der Ausschuß vernahm darauf den Staatssekretär Töpfer der erklärt, daß er Barmat nur einmal gesehen habe, als er wegen des Visums bei ihm war. Es wurde dann die Frage der Durchreise der Familie Barmat im Jahre 1920 besprochen, die auf eine Empfehlung des Reichskanzlers a. D. Bauer erfolgte.

Innenminister Severing, der dazu vernommen wird, gab eine Notiz vom 23. 11. 1920 bekannt, worin er von dem ehemaligen Reichskanzler gebeten wird, sich für die ungehinderte Durchreise der Familie Barmat bei der holländischen Gesandtschaft zu interessieren. Diese Notiz sei unterzeichnet von der Privatsekretärin des Ministers, Frl. Rosenheim. Nachdem das Auswärtige Amt darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Angaben über die Zugehörigkeit Barmats zur holländischen Gesandtschaft nicht stimmen können, habe er sich mit dem Auswärtigen Amt und dem ehemaligen Reichskanzler Bauer in Verbindung gesetzt, jedoch sei keine Klarstellung möglich gewesen. Die Privatsekretärin des Ministers, Frl. Rosenheim, bekundet, sie habe die Notiz nach Anweisung des Ministers gemacht. Darauf wurde Reichskanzler a. D. Bauer vernommen, der angab, daß es sich bei der Durchreise Barmats um eine rein menschliche Hilfeleistung gehandelt habe, da Barmat seine Eltern aus dem Chaos, das damals in der Ukraine herrschte, nach Holland bringen wollte. Er habe durch seine Bitte an den Minister Severing vermeiden wollen, daß die preußischen Behörden Schwierigkeiten beim Grenzübergang machten. Wie die falsche Angabe der Zugehörigkeit der Barmats zur holländischen Gesandtschaft entstanden sei, könne er sich nicht erklären.

Abg. Nuschke (Dem.) verlas einen Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler a. D. Bauer und der „Berliner Volkszeitung" über Empfehlungsschreiben höherer Reichsstellen für Barmat. Während Bauer solche Empfehlungsschreiben nach wie vor bestritt, erklärte Abg. Nuschke wiederholt, daß Barmat tatsächlich im Besitze solcher Empfehlungsschreiben gewesen sei und daß er bedauere, daß Bauer sie ihm damals nicht abgenommen habe.

Darauf wurde der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer vernommen, der angab, Barmat auf einer amtlichen Reise mit sächsischen Industrievertretern in Brüssel kennen gelernt zu haben. Barmat hat damals den Vermittler gespielt, um Absatz für die sächsische Industrie in Belgien zu finden. Die Verhandlungen scheiterten aber an den übertriebenen Forderungen der Belgier. Gradnauer hatte von Barmat den Eindruck, daß er eifrig und aufrichtig die deutschen Interessen gefördert habe. Ueber sein Empfehlungsschreiben befragt, betonte im weiteren Verlauf der Verhandlung Reichskanzler a. D. Bauer, daß ihm über Barmat seinerzeit nur die besten Auskünfte gegeben worden seien. Er hätte damals auch jede persönliche Bürgschaft für Barmat übernommen.

Der Ausschuß vernahm ferner den früheren Präsidenten der Staatsbank v. Dombois über die Aufnahme der Geschäftsbeziehungen Barmats zur Staatsbank. Auf weitere Fragen bestritt Abg Bauer, jemals Vergünstigungen vom Barmat-Konzern gehabt oder dem Aufsichtsrat einer Barmatfirma angehört zu haben.

In der dann folgenden Vernehmung des Berliner Polizeipräsidenten Richter betonte dieser sein enges Freundschaftsverhältnis zu Barmat, von dem er auch jetzt, da Barmat im Unglück sei, nicht abrücke. Ein Konto bei einer Barmat-Bank habe er nie gehabt. Er habe nur einmal für ein halbes Jahr ein Darlehen von 5000 Mark erhalten, für das er dann 626.50 Mark Zinsen gezahlt habe.

Als die weiteren Aussagen Richters wiederholt Heiterkeit hervorriefen, und die Kommunisten schon von einer Karnevalssitzung sprachen, beantragte Abg. Nuschke die Vertagung, da der Ausschuß nicht mehr ernsthaft verhandeln könne. Der Vertagungsantrag wurde angenommen.

Der Vorsitzende Leidig machte noch die aufsehenerregende Mitteilung, daß anscheinend aus den Akten, die von den Ministern geliefert worden sind, ein Stück verschwunden sei. Es fehle das Blatt 27 und es sei noch nicht festzustellen, ob man sich hier verzählt habe oder ob sonst etwas absichtlich geschehen sei. Der Vorsitzende hält es für notwendig, von jetzt an scharfe Kontrollmaßnahmen bei der Auslegung von Akten durchzuführen. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am heutigen Freitag statt.

Sun Yat Sen †.

Der geistige Leiter der chinesischen Revolution, die die Mandschu-Dynastie stürzte, ist jetzt, nachdem er bereits mehrfach totgesagt war, wirklich gestorben.

Sun Yat Sen ist im Jahre 1857 in Südchina geboren. Er war ursprünglich Mediziner, wandte sich aber bald der Politik zu. Von der Regierung verfolgt, lebte er eine Zeitlang in Amerika und England, kehrte dann nach dem Tode der Kaiserin-Witwe nach China zurück und ging eine Weile mit General Yuanschikai zusammen. Nach beider Trennung richtete Sun Yat Sen eine selbständige republikanische Verwaltung in Südchina ein, wurde jedoch von den nordchinesischen Truppen vor zwei Jahren gefangen genommen und hat, obwohl er in seiner Residenz Kanton ziemlich unabhängig blieb, seine alte Bedeutung nicht wieder erlangt. Sun Yat Sen war wie der jetzt bekannt gewordene chinesische General Feng Yu Hsiang zum Christentum übergetreten.

Restlose Aufhebung der „Begriffsbestimmungen" gefordert.

Berlin, 30. Jan. Der dem Deutschen Luftfahrtverband angeschlossene Verein „Luftverkehr Halberstadt" hat einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der die baldige Aufhebung der die deutsche Luftschiffahrt widersinnig knebelnden Baubeschränkungen (der sog. „Begriffsbestimmungen") und eine Aenderung zu der Aufhebung des rechtlich unanfechtbaren Artikels 4 der Verordnung über Luftfahrzeugwesen vom 5. 2. 22 gefordert wird. Ferner wird verlangt, daß bei den Verhandlungen darüber keine die Interessen des deutschen Luftfahrwesens schädigende Verquickung mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag eintreten darf.

Baden.

Kritische Bemerkungen.

Vor einiger Zeit wandten wir uns gegen eine Meldung der Telegrafenunion, die sich mit angeblichen Vorgängen in der Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte. Wir hielten den Bericht nicht für einwandfrei und er war es auch nicht, wie wir später erfuhren, obschon einzelne Anklänge an die in der Reichstagsfraktion des Zentrums gepflogene Debatte vorhanden waren. Die T. U.-Zentrale sandte uns daraufhin ein Schreiben, in dem es hieß, jener von uns beanstandete Bericht sei ihr von hervorragender Zentrumsseite zugegangen. Wir können die Behauptung der T. U. nicht prüfen, müssen aber gestehen, daß wir eine Persönlichkeit, die vertrauliche Besprechungen der Zentrumsfraktion an ein Telegrafenbüro weiter gibt, sodaß nachher in Karlsruhe und anderswo rechtsgerichtete Zeitungen auf Kosten der Zentrumsfraktion mit sensationellen Ueberschriften arbeiten, in keinem Fall für eine hervorragende Zentrumsseite halten können. Aber es wäre vielleicht Anlaß geboten, zusammen mit anderen unerfreulichen Erscheinungen auch dieser einmal etwas nachzugehen. Schon deswegen, weil inzwischen wieder ein ähnlicher Fall vorliegt. Wir glauben nämlich nicht daran, daß derartige Berichte lediglich auf mehr oder weniger geschickten Kombinationen beruhen, sondern daß tatsächlich etwas faul ist im Staate Dänemark. Und die Zentrumspresse hat schwer arbeiten, wenn sich ein Telegrafenbüro für Sensationsmeldungen über Vorgänge im Zentrum auf eine hervorragende Zentrumsseite berufen zu dürfen glaubt. Solche „hervorragende" Parteimitglieder gehören raschestens entlarvt.

Vor einigen Tagen war das Berlin. Tagblatt in der Lage, einen Aufsatz über den Reichsarbeitsminister, Zentrumsabgeordneten Dr. Brauns, zu veröffentlichen — der Aufsatz war ebenfalls von einem Zentrumsmann. Ganz abgesehen davon, ob das dort gefällte kritische Urteil über Dr. Brauns mehr oder weniger begründet war, — Dr. Brauns wurde als guter Sozialpolitiker, aber weniger guter Politiker bezeichnet — ist es unbedingt zu verurteilen, wenn ein Zentrumsmann über hervorragende Angehörige der Zentrumspartei kritische Artikel in Blätter anderer Parteien schreibt. Es erscheint uns notwendig, das ohne weiteres in aller Offenheit zu sagen, weil derartige Vorkommnisse in weiten Kreisen der Zentrumspartei ärgerlich wirken. Wo soll es mit der Disziplin in der Partei hinkommen, wenn darüber irgend welcher Zweifel besteht, daß Parteiangehörige, die so wenig Sinn für Solidarität in der Partei haben, sich dadurch in ganz gröblicher Weise gegen die Parteidisziplin vergehen? Unseres Wissens hat man es in der Zentrumsfraktion des Reichstags übel auffassen wollen, daß führende Zentrumsblätter nicht alsbald die von Reichstagsabg. Fehrenbach verlesene Erklärung bezügl. des Verhaltens der Fraktion gegenüber der neuen Reichsregierung gebracht haben, obwohl, soviel wir wahrnehmen konnten, von der Fraktion keine Veranstaltung getroffen war, diese Erklärung auch den weit von Berlin gelegenen Blätter beschleunigt zugänglich zu machen. Letzteres wäre bei der Wichtigkeit der Erklärung sehr wohl am Platz gewesen. Wenn es nicht geschah, so trägt daran die Regie mehr schuld als die Presse, die selbstverständlich den Wortlaut der Erklärung erst bringen konnte, als er ihr vorlag. U. E. war in diesem Fall ein Grund zu Vorwürfen nicht vorhanden, umso mehr Grund liegt vor, in den vorgenannten Fällen nach dem Rechten zu sehen.

Zentrumsfraktion und Reichsregierung.

In der Deutschen Bodenseezeitung Nr. 21 schreibt Reichstagsabg. Diez einen Artikel „zur politischen Lage im Reich", dem wir über die Stellung der Zentrumsfraktion zur Regierung folgendes entnehmen:

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat es ausdrücklich abgelehnt, einem Vertrauensantrage für die Regierung Dr. Luther zuzustimmen. Lediglich eine Billigung der Regierungserklärung, deren Wortlaut ebensogut von einem Kanzler Dr. Marx hätte vertreten werden können, wurde zugestanden. Sie begründete ihre Stellungnahme in klarer, unzweideutiger und sehr wirkungsvoller Erklärung. Nur diese ermöglichte es, daß nicht eine viel größere Anzahl von Stimmen von der Zentrumsmehrheit abbröckelte. Die Bedenken gegen das neue Kabinett und den in diesem überwiegenden deutschnationalen Einfluß gehen nach der sozialen, politischen und religiösen Seite. Diese Bedenken wurden durch die Rede des deutschnationalen Abgeordneten Grafen Westarp, wie auch durch diejenige des deutschen Volksparteilers v. Kardorff noch erheblich gesteigert. Graf Westarp betrachtet das Kabinett Luther als erste Etappe einer neuen Entwicklung, als deren Ziel er in einer Rede in Stuttgart das Kaisertum bezeichnete. Herr v. Kardorff — er zählt zu den ruhigeren Köpfen der Deutschen Volkspartei — fand es schon als unerträglich, daß das Zentrum in seiner Erklärung die Parität der Katholiken in der Anteilnahme an der Verwaltung des Staates fordere.

Bei der Zustimmung zu der Billigungserklärung im Reichstage stimmten zwei Abgeordnete des Zentrums mit nein, drei enthielten sich der Abstimmung durch Abgabe blauer Stimmzettel, während einige den Sitzungssaal verließen. Die sich hieraus ergebende Folgerung ist nicht etwa eine drohende Spaltung des Zentrums, sondern der Ausdruck einer Verschiedenheit der Auffassung in allerdings sehr wichtigen Dingen. Die Fraktion sah in ihrer Gesamtheit es als einen äußerst schweren Schritt an, an dem neuen Kabinett irgendwie aktiv sich zu beteiligen. Es wird wichtig sein, daß die Fraktion die feierlich proklamierte Handlungsfreiheit gegenüber dem neuen Kabinett sich nicht aus der Hand winden läßt. Vorsicht nach innen und außen wird hier sehr wichtig sein. In dem Augenblick, wo es seine Bewegungsfreiheit verliert, übernimmt es die Verantwortung für künftiges Geschehen ohne verstärkten Einfluß auf die Dinge zu erhalten und ohne die Möglichkeit zu haben, bei der Entscheidung maßgebend mitzuwirken. Die Stellung des Zentrums und ihre Geschlossenheit wird nur dann ernsthaft gefährdet sein, wenn es abweichen würde von seinem Charakter als Weltanschauungs- und Verfassungspartei. Versuche intra muros et extra, diesen Charakter zu trüben, ihn interessentenmäßig oder reaktionär zu mißbrauchen, werden mit gebührender Entschiedenheit Zurückweisung finden.

Einen Kampfaufruf

erläßt die Sozialdemokratie an die Partei, in dem sie auf die letzten Ereignisse in Preußen und bei der Regierungsbildung im Reich hinweist und auf die daraus zu befürchtenden Gefahren für den Bestand der Republik und die Interessen der Arbeiterschaft aufmerksam macht. Besonders scharf wendet sich der Aufruf gegen die Kommunisten, die „als skrupellose Helfershelfer der schlimmsten Arbeiterfeinde, als Wegbereiter der Monarchisten und Nationalisten" bezeichnet werden. Der Aufruf fordert zur Stärkung der Organisation und Presse auf und ist unterschrieben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der gegenwärtige Stand der deutschen Sozialpolitik.

Die Verhandlungen über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums im Hauptausschuß des Reichstages hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit einer umfassenden Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der deutschen Sozialpolitik eingeleitet, deren, wenn auch nur auszügliche Wiedergabe für weitere Kreise, insbesondere für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist. Wir lassen daher den wesentlichsten Inhalt dieser Ausführungen nachstehend folgen.

Das erste Jahr erneuter und gefestigter Währung hat das Reichsarbeitsministerium vor außerordentlich schwierige Aufgaben gestellt. Von der Sozialversicherung war nur die äußere Hülle übrig geblieben. Man redete bereits von dem „Zusammenbruch" der deutschen Sozialversicherung. Heute ist sie dank einer ganzen Reihe innerlich zusammenhängender gesetzgeberischer und Verwaltungsmaßnahmen gerettet.

Die Krankenkassen gewähren wieder Sach- und Geldleistungen im früheren Umfang, die Wochenhilfe hat ihre Leistungen beträchtlich erhöht, die Invalidenversicherung konnte neben der Rentenzahlung auch das Heilverfahren in vollem und verstärktem Maße wieder aufnehmen, die Unfallversicherung wird auf Grund eines dem Reichskabinett vorliegenden Gesetzentwurfs in allernächster Zeit mit den Einheitsrenten aufräumen und sie wieder durch Individualrenten, die dem Verdienst des einzelnen angepaßt sind, ersetzen. Die bei der Durchführung des neuen Reichsknappschaftsgesetzes hervorgetretenen Unstimmigkeiten werden sich nunmehr, nachdem das Ergebnis des ersten Rechnungsjahres vorliegt, bald beseitigen lassen. Es wird Aufgabe dieses und der folgenden Jahre sein, auf dem neugelegten Fundament weiter zu bauen, die Organisation der Sozialversicherung zu verbessern soweit möglich zu vereinheitlichen, die Leistungen zu erhöhen und zu erweitern. Diese auf die Gesamtreform der Reichsversicherungsordnung hinauslaufenden Bestrebungen wollen aber reiflich überlegt und in ihrem Gesamtumfang erfaßt sein, damit die kommenden Reformen sich in das gesamte Ganze richtig eingliedern.

Von der breiten Oeffentlichkeit unbeachtet blieb ein nicht minder mühseliges, für alle Beteiligten aber überaus wichtiges Werk, nämlich die neue Textausgabe der Angestelltenversicherung und der Reichsversicherungsordnung. Im ganzen 2400 Paragraphen! Damit ist das Chaos der vielgestaltigen Neubestimmungen der letzten Jahre, in dem sich fast niemand mehr auskannte, beseitigt. Auch die jahrzehntelang umstrittene Frage der Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wird durch eine in den allernächsten Tagen ergehende Verordnung die erste tatsächliche Beantwortung erfahren.

Schließlich treten wir nunmehr auch der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung freier Berufe auf dem Boden einer Zwangsversicherung mit weitgehender Selbstverwaltung näher. Der erste Anfang soll mit einer Versicherung der Rechtsanwälte und ihrer Hinterbliebenen gemacht werden, wo bereits weitgehende Vorarbeiten der Beteiligten vorliegen.

Nicht minder schwierig gestaltete sich im verflossenen Jahre die Sozialpolitik zu Gunsten der arbeitsfähigen Arbeitnehmer. Die Schwierigkeit der Wiederaufrichtung unserer völlig zusammengebrochenen Wirtschaft und ungeheure Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen, der schleppende Gang in der Befriedung Europas setzten dem besten Willen große, vielfach unübersteigbare Hemmnisse entgegen. Aber auch hier ist ein Wiederaufstieg unverkennbar. Wir konnten noch in demselben Jahre 1924, in dem die überlangen Arbeitszeiten in Kraft getreten waren, ihre schrittweise Beseitigung wenigstens vorbereiten. Ich darf, abgesehen von dem, was zur Anwendung des § 7 der geltenden Arbeitszeitverordnung geschehen ist, auf die Erklärung der vorigen Reichsregierung zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens verweisen, die im ersten Septemberheft des Reichsarbeitsblattes von 1924 im Anschluß an einen Aufsatz von mir über den Achtstundentag abgedruckt ist. Von der Berner Konferenz mit den Arbeitsministern der Westmächte konnte ich die Ueberzeugung gewinnen, daß sich der Boden für eine gemeinsame Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in absehbarer Zeit gewinnen läßt. Ich habe den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes unmittelbar nach dieser Konferenz ersucht, die Ergebnisse der Besprechung die sich in 10—12 wichtige Punkte zusammenfassen lassen, zu fixieren und dann im Einverständnis der Beteiligte zu veröffentlichen. Das Internationale Arbeitsamt ist damit noch befaßt. Unser Reichsarbeitsministerium hat auf Grund dieses Tatbestandes mit der Vorbereitung der neuen Arbeitszeitgesetzgebung begonnen. Die gegenwärtige Reichsregierung hat mich ermächtigt, zu erklären, daß auch sie der oben genannten Erklärung der früheren Reichsregierung beitritt und der Weiterbearbeitung der neuen Arbeitszeitgesetzgebung auf dem gekennzeichneten Boden zustimmt. Wir haben die Schwächen der jetzt noch in Geltung befindlichen Arbeitszeitgesetz-Verordnung vom Dezember 1923 nie verkannt. Aber ein Gutes hat sie doch gehabt, was viel zu wenig anerkannt wird: sie hat nämlich die Gewerkschaften aus ihrer schlimmsten Lage der Nachkriegszeit gerettet und dadurch ihre Wirksamkeit erhalten. Nur so war es möglich, unter Zuhilfenahme unseres Einigungs- und Schiedswesens mit dem leider langsamen und nur teilweisen Wiederaufbau unserer Wirtschaft die Löhne zu steigern und ihre Kaufkraft zu heben. In letzterer Hinsicht hat das Reichsarbeitsministerium alles getan, was in seinen Kräften stand. Für alle auf den Preisdruck wirkenden Maßnahmen der Regierung ist es seinerseits unausgesetzt mit allem Nachdruck eingetreten. Wenn unsere Bemühungen zur Verbesserung des Reallohnes vielfach hinter unseren Wünschen zurückblieben, so liegt das daran, daß auf diesem Gebiete ein behördlicher Zwang nur in Ausnahmefällen in Frage kommen kann und daß naturgemäß die wirtschaftlichen Voraussetzungen bei den einzelnen Berufen sehr unterschiedlich gelagert sind. Das Reichsarbeitsministerium erkennt an, daß hier noch viel zu tun bleibt, und ist seinerseits bereit, im Interesse nicht bloß der Arbeiter, sondern auch der Belebung des deutschen Innenmarktes alles Erreichbare nach besten Kräften zu fördern. Bei dieser überaus schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit hat sich die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Schlichtungsverordnung für diese Uebergangszeit im allgemeinen bewährt. Umstritten bleibt nach wie vor bei beiden Parteien die Verbindlichkeitserklärung. Das Reichsarbeitsministerium kann es nur begrüßen, wenn die behördliche Verbindlichkeitserklärung durch eine wahre und wirkliche innere Arbeitsgemeinschaft der Beteiligten überflüssig gemacht würde.

Die wichtigste Neuerung auf dem Gebiete des Arbeitsrechts wird die demnächst erfolgende Vorlage des Arbeitsgerichtsgesetzes bringen, das die Errungenschaften der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte allen Arbeitnehmern zuteil werden läßt.

Leider ist in der Nachkriegszeit die Arbeitslosigkeit eine chronische Krankheit des deutschen Wirtschaftskörpers. Wir haben ihr, teils durch fortgesetzte Verbesserung der Arbeitsvermittlung, teils durch produktive und unterstützende Erwerbslosenfürsorge systematisch entgegengewirkt. Die wichtigste Maßnahme des letzten Jahres war die Verordnung über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung, der die endgültige noch in diesem Jahre auf dem Fuße folgen soll. Im Laufe des letzten Jahres sind die Unterstützungssätze für Erwerbslose um 60—70 Prozent gehoben worden.

Die Sozialpolitik ist leider nicht in der Lage, allen Notlagen abzuhelfen, sie ist insbesondere nicht imstande, zu individualisieren. Darum muß ihr die öffentliche Wohlfahrtspflege zur Seite treten. Mit der im letzten Jahre erlassenen Verordnung über die Fürsorgepflicht und den anschließenden Reichsgrundsätzen über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge haben wir zum erstenmal seit langer Zeit wieder ein einheitliches deutsches Fürsorgerecht bekommen. Auf diesem Gebiete hat das Reich nur begrenzte Vollmachten. Es ist nunmehr Sache der Länder und Gemeinden, für die praktische Durchführung der Verordnung zu sorgen. Es ist anzuerkennen, daß dies in den meisten großen Gemeinden und auch in einer Reihe von Provinzen geschehen ist. In anderen Teilen Deutschlands weist die Durchführung der Fürsorgepflicht allerdings noch bedauerliche große Mängel auf. Reich, Länder und Gemeinden werden in gemeinsamer Arbeit auf deren Beseitigung hinwirken müssen.

Auf dem wichtigen Gebiete des Wohnungswesens hat das Jahr 1924 ebenfalls erfreuliche Anfänge einer Besserung zu verzeichnen, wenngleich die Wohnungsnot keinesfalls überwunden ist. In den meisten Teilen Deutschlands ist sie für möblierte Zimmer fast völlig beseitigt. In einzelnen Ländern, vor allem in Preußen, konnte auch das Recht der Wohnungsämter zur Zwangseinquartierung aufgehoben werden. Wir werden auf diesem Wege im Jahre 1925 weiterschreiten müssen. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn gleichzeitig die Förderung des Wohnungsbaues betrieben wird. Zu dem Zweck ist eine größere Gleichmäßigkeit und ein zielbewußtes Fortschreiten in der Steigerung der Mieten unerläßlich. Auch wird man sich über einheitliche Prozentsätze der Friedensmieten, die für den Wohnungsbau zu verwenden sind, verständigen müssen. Ist dieses Ziel auf dem Wege freier Vereinbarung nicht zu erreichen, so muß es auf gesetzlichem Wege angestrebt werden. Bei der Förderung des Wohnungsbaues wird man auf die wirtschaftlich Schwachen und auf die kinderreichen Familien, sowie auf die landwirtschaftlichen Siedlungen besondere Rücksicht nehmen müssen. Auch werden scharfe Maßnahmen gegen den Wohnungswucher nicht zu umgehen sein.

Auf dem Spezialgebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge liegen dem Reichstag eine Reihe von Anträgen vor, die im sozialpolitischen Ausschuß und in dem Ausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge besonders zu prüfen sind. Auf diesem Gebiete hat sich das Schwerbeschädigtengesetz im allgemeinen durchaus bewährt. Mit Hilfe dieses Gesetzes ist es gelungen, rund 350 000 Schwerkriegs- und Unfallbeschädigte in Arbeit zu bringen und zu halten. Die Zahl der nicht untergebrachten Schwerbeschädigten beträgt etwa 20 000, von denen aber sicherlich die Hälfte völlig arbeitsunfähig ist.

Diese umfassenden und planmäßigen, gesetzgeberischen, sowohl wie Verwaltungsarbeiten auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege mußte das Reichsarbeitsministerium im letzten Jahr mit beträchtlich verminderten Kräften leisten. Durch den Personalabbau sank die Zahl seiner höheren Beamten und Angestellten von 123 auf 64, also um 48 Prozent, die der Beamten und Angestellten im Büro- und unteren Dienste einschließlich der Arbeiter von 624 auf 362 also um 42 Prozent. Demnach sind zurzeit im Reichsarbeitsministerium an höheren, mittleren und unteren Beamten, an Vertragsangestellten und Arbeitern im ganzen 426 Kräfte tätig.

Aus dem durch die Inflationszeit bedingten Wirrwarr sozial. Verordnungen sind wir nunmehr heraus und befassen uns zurzeit mit der dauernden Neuordnung der sozialpolitischen Dinge. Weiteste Kreise unseres Volkes überschauen die Ziele, die Zusammenhänge und Bedingtheiten dieser neuen Ordnung leider noch nicht. Eine allgemeine systematische und ins Einzelne gehende Volksaufklärung darüber ist unbedingt erforderlich, wenn wir zum sozialen Frieden gelangen und den notwendigen sozialpolitischen Fortschritt organisch und mit möglichst wenig Reibungen verwirklichen wollen.

(Die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstages fanden am Donnerstag, den 29. Januar 1925, morgens 10 Uhr, statt.)

Arbeitslohn und Lebenshaltungskosten.

Rede des Abg. Heurich im Landtag.

I.

Der Antrag des Herrn Abg. Maier und Genossen gibt Veranlassung, die Debatte der letzten Tage im Hause nicht einseitig ausarten zu lassen. Wir haben in den letzten Tagen die Not der verschiedensten Erwerbsstände besonders der Landwirte hier im Hause eingehend besprochen und es hat sich erneut gezeigt, daß der verlorene Krieg und seine Folgeerscheinungen heute noch außerordentlich schwer auf dem deutschen Volk lasten. Wir die dem Arbeiterstande angehörenden Mitglieder dieses Hauses haben bis jetzt in richtiger und würdiger Erkenntnis der Notlage des größten Teils unseres Volkes nicht einseitig die Notlage des Arbeiterstandes in den Vordergrund gerückt. Ich glaube, gerade wir, die dem Arbeiterstande angehören, hätten wiederholt hier im Hause Veranlassung gehabt, auf die Notlage der Arbeiter allgemein, der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der Kriegsinvaliden und der Sozialrentner bei Behandlung der verschiedensten Gegenstände hier einzugehen. Wir haben das, soweit wir in Frage kamen, in aller Kürze und in Würdigung der gesamten Lage getan. Von diesem Grundsatze möchte ich auch heute nicht allzuweit abweichen.

Für mich war es hocherfreulich, daß der Herr Minister soeben in seinen Ausführungen anerkannte und vom Regierungstisch aus erklärt hat, **daß die Notlage des Arbeiterstandes in der Hauptsache nur gebessert und ausgeglichen werden kann, wenn die Löhne und die Gehälter den Lebensmittelpreisen angepaßt werden.**

Ich habe vor einigen Wochen noch einen anderen Standpunkt vertreten, ich glaubte an eine Preissenkung, bin aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß es eine vergebliche Liebesmühe ist, wenn man nun einen Kampf um die Verbilligung der Preise führen will, kann dies nicht mit Mitteln geschehen, die in der volkswirtschaftlichen Entwicklung der verschiedensten Großstaaten Europas nicht die nötige Resonanz finden. Die Weltteuerung ist heute vorhanden, die allgemeine Geldnot ist in vielen Staaten da und wir haben damit zu rechnen und uns abzufinden, daß nicht ein Land aus der Reihe tanzen kann. Die Weltteuerungsstatistik sagt uns hier alles, was wir zur richtigen Beurteilung brauchen. Die Teuerung ist nämlich fast in allen Ländern gleichmäßig. Sie schwankt von einem Land zum anderen nur um ganz wenige Prozente Unterschied. Unser Gliedstaat Baden ist mit der teuerste im Reiche. Das Reich bewegt sich in der Mitte im Vergleich mit anderen Ländern. Ein Zeichen dafür, daß wir in Deutschland — das doch unter den verschiedensten, aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Erschwerungen zu leiden hat — einen erfolgreichen Kampf um eine Verbilligung der Lebenshaltung durch Preissenkung nicht gut führen können, weil eben vom Weltmarkt her stärkere und wichtigere Einflüsse auf uns einströ-

Lucrezia Borgia

im Lichte der geschichtlichen Forschung.

Aus dem soeben in 5.—7. Auflage erschienenen III. Band von Ludwig Frh. v. Pastors „Geschichte der Päpste" (Freiburg i. Br., Herder & Co.).

Es ist bekannt, wie Geschichtschreiber und Dichter von jeher bis auf unsere Tage nicht müde geworden sind, Lucrezia Borgia (1478—1519) als die Urheberin zahlreicher Verbrechen und Skandale der schlimmsten Art hinzustellen. Aber wenngleich zugegeben werden muß, daß auch sie von dem vergifteten Hauch der verderbten Atmosphäre, in der sie lebte, keinesfalls unberührt geblieben ist, so war sie doch weit entfernt, jenes Ungeheuer zu sein, zu dem Verleumdung und Sensationslust sie gestempelt haben. „Die ärgsten Anklagen und Erzählungen beruhen auf Berichten, deren Uebertreibungen und schmutzige Bosheit die Grenze des Glaubbaren, ja des Möglichen überschreiten, auf den Satiren einer Stadt, deren Witz von jeher der schärfste und einschneidendste gewesen ist." Zahlreiche Tatsachen stehen mit ihnen in Widerspruch. Auch alles, was über die äußere Erscheinung Lucrezias bekannt ist, stimmt nicht zu der hergebrachten Vorstellung von ihrem Charakter.

Alle Zeitgenossen berichten, daß ihr eine unbeschreibliche Grazie, Heiterkeit und Liebenswürdigkeit eigen war. „Sie ist von mittlerer Größe und von zierlicher Gestalt", schreibt Niccolo Cagnolo von Parma, „ihr Gesicht länglich, die Nase schön profiliert, die Haare goldhell, die Augen von unbestimmter Farbe; der Mund ist etwas groß, die Zähne blendend weiß, ihr Hals schlank und weiß, kräftig und doch voll Maß. Ihr ganzes Wesen atmet stets lachende Heiterkeit." Andere Berichterstatter rühmen namentlich ihr langwallendes, goldgelbes Haar.

Ganz sichere Bildnisse der merkwürdigen Frau gibt es leider nicht; indessen kann man sich aus einigen Medaillen, die während ihres Aufenthaltes in Ferrara geprägt wurden, eine ziemlich deutliche Vorstellung von ihren Gesichtszügen machen. Die vorzüglichste dieser Medaillen, wahrscheinlich im Jahre 1502 von Filippino Lippi verfertigt, zeigt, wie falsch die Ansicht ist, welche, von Parteileidenschaft und Schmähsucht geschaffen, so lange über diese Frau verbreitet war: ein zartes Köpfchen mit feinen Linien, mehr anmutig als schön, mädchenhaft, fast kindlich anzuschauen mit seinen über die Schultern wallenden Haaren, den großen, ins Weite blickenden Augen. Es liegt etwas Weiches, Unentschiedenes, Willenloses in diesen Zügen, keine Spur von heftigen Leidenschaften; alles deutet auf eine zarte und schwache passive Natur, die sich nicht selbst bestimmte.

Desto gewaltsamer griffen die Angehörigen Lucrezias in ihr Schicksal ein. Elfjährig ward sie verlobt mit dem spanischen Edelmann Juan de Centelles, dann mit Don Gasbaro Grafen von Aversa. Beide Verlöbnisse wurden rückgängig gemacht. Der allmächtige Kardinal Ascanio Sforza betrieb nun die Verlobung Lucrezias mit einem Mitgliede seiner Familie, mit Giovanni Sforza, Grafen von Cotignola und Herrn von Pesaro. Papst Alexander VI. ergriff freudig die Gelegenheit, seiner Tochter eine solch glänzende Versorgung zuteil werden zu lassen.

Nach Auflösung der Ehe mit Giovanni Sforza und nach Ermordung ihres zweiten Gemahls, des Fürsten Alfonso von Bisceglie, durch ihren Bruder Cesare Borgia sollte Lucrezia durch Vermählung mit Alfonso, dem Erbprinzen von Ferrara, in eines der edelsten und ältesten Fürstenhäuser Italiens eintreten, zugleich die Herrschaft Cesares über die Romagna sichern und seine Absichten auf Bologna und Florenz fördern. Weder Alfonso noch sein Vater Ercole wollten anfangs etwas von diesem Plane wissen; Maximilian I. riet ihnen dringend ab. Jedoch Ludwig XII., der Bundesgenosse Alexanders VI., legte sich ins Mittel; nachdem dem Herzog Gebietsabtretung und Herabsetzung des Lehenszinses zugesagt worden, kam im September 1501 der Ehevertrag zustande. Lucrezia war außer sich vor Freude; angelockt von dem Bilde einer glänzenden Zukunft, vergaß die schöne junge Frau in ihrem Leichtsinn und ihrer Eitelkeit ganz der Schattengestalt des unglücklichen Alfonso. Den Gesandten Ferraras gab Lucrezia Fest auf Fest; sie selbst huldigte eines Abends so unmäßig dem Tanze, daß sie am folgenden Tage am Fieber erkrankte. Bei den Vorbereitungen der Aussteuer für die herzogliche Braut wurde eine wahrhaft königliche Pracht entfaltet. „Ich will", sagte der Papst den Gesandten Ferraras, „daß Lucrezia unter den Fürstinnen Italiens die meisten und die schönsten Perlen besitzen soll."

Am 9. Dezember brach das Brautgeleite von Ferrara auf, 500 Personen, mit dem Kardinal Ippolito d'Este und noch fünf Mitgliedern des herzoglichen Hauses. Am 23. Dezember traf die glänzende Kavalkade in Rom ein. Der Gesandte Ferraras beschrieb noch am selben Tage seinem Herrn den günstigen Eindruck, den Lucrezia Borgia auf ihn gemacht hate. „Sie besitzt eine vollkommene Grazie in allen Dingen, dazu Bescheidenheit, Lieblichkeit und Sittsamkeit. Nicht minder ist sie eine gläubige Christin und zeigt sich gottesfürchtig. Morgen will sie zur Beicht gehen und am Weihnachtsfest kommunizieren. Ihre Schönheit ist schon an sich hinreichend groß; aber die Gefälligkeit ihrer Manieren und die anmutige Weise, sich zu geben, lassen sie noch weit größer erscheinen: kurz und gut, ihre Eigenschaften dünken mich von solcher Art, daß man von ihr nichts Schlimmes zu argwöhnen hat, vielmehr stets nur die besten Handlungen zu erwarten berechtigt ist." Am 30. Dezember ward die Vermählung Lucrezias mit Alfonso durch Prokuration in glänzender Weise im Vatikan begangen. Die Braut „war in Goldbrokat und karmoisinroten Samt mit Hermelinbesatz gekleidet. Die Aermel ihres Gewandes hingen bis zur Erde nieder; die lange Schleppe trugen Hoffräulein. Ihr goldfarbenes Haar umschlang ein schwarzes Band, und ihr Haupt war mit einem Schmuck aus Gold und Seide leicht bedeckt. Sie trug um den Hals eine Perlenschnur mit einem Gehänge, welches aus einem Smaragd, einem Rubin und einer großen Perle bestand". Bis zur Abreise Lucrezias (6. Jan. 1502) reihte sich Fest an Fest. Komödien, unter anderem die Menächmen des Plautus, Ballfeste und allegorische Vorstellungen wechselten mit Wettrennen, Turnieren und Stierkämpfen; selbst eine Seeschlacht wurde vorgeführt.

Lucrezias Vermählung mit dem Erbprinzen von Ferrara bildet den entscheidenden Wendepunkt in ihrer Lebensgeschichte. Trotz aller Forschungen der letzten Jahre bleibt manches aus der römischen Zeit der merkwürdigen Frau noch immer dunkel; bezüglich der ferraresischen Schlußepoche ist dies nicht der Fall. Während dieser Zeit hat Lucrezia Borgia, die im Jahre 1505 Herzogin wurde und am 24. Juni 1519 im Wochenbett starb, nicht bloß die Liebe ihres Gemahls, sondern auch die Liebe ihres Volkes sich erworben. Statt der früheren Beschuldigungen eines leichtsinnigen Lebenswandels, die wohl sicher nicht ganz unbegründet waren, vernimmt man jetzt Lobeserhebungen. Eine Wandlung, eine sittliche Läuterung ging bei Lucrezia vor. Sicher ist, daß sie sich in Ferrara als eine liebevolle Gattin und als Trösterin und Pflegerin der Armen und Bedrängten zeigte. Ihre Schönheit, mit Sanftmut und Milde gepaart, gewann ihr die Herzen aller. Sie war umgeben und gefeiert von erlesenen Geistern wie Ariost, Bembo, Strozzi und andern.

Lucrezia Borgia, die mit jeder Stunde
An Schönheit wächst, an Tugend, an Gewinn
Von Ruhm und Glück, so wie die junge Pflanze

men und einstürmen und den Erfolg dieses unseres Kampfes zunichte machen.

Das Lohnproblem der Gegenwart stellt wohl eine der wichtigsten Aufgaben dar, die dem deutschen Unternehmertum, im allgemeinen dem deutschen Staat, der deutschen Industrie wie der gesamten deutschen Oeffentlichkeit gestellt ist.

Vonseiten der Arbeiterschaft wird — wie das ja auch der Herr Minister anerkannt hat — mit Recht versucht, die Löhne in ein richtiges Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung zu bringen, den Reallohn dem Lebensstandard anzupassen oder durch Erhöhung des Reallohns diesen Lebensstandard zu heben. Für mich war es erfreulich, daß der Herr Minister erklärt hat, dieses Bestreben der Arbeiter sei als berechtigt anzuerkennen und daß die Regierung die **Lösung dieser Frage vorwiegend in der Hebung des Lohnes erblickt.**

Aber auch schon der Herr Minister hat angedeutet, daß die Unternehmer anderer Ansicht sind. Das ist zu bedauern; ich glaube, bei richtiger Würdigung der Gesamtlage müßten auch die Unternehmer zur gleichen Ansicht kommen, wie sie soeben wiedergegeben worden ist. Wenn die Unternehmer willens sind, den Ueberschuß aus der Produktion und dasjenige, was uns seit dem Weltkrieg noch verblieben ist, gerecht auf alle Schichten des Volkes zu verteilen, und wenn ihnen dieser soziale Grundsatz eigen wäre, wie er hier in Betracht kommen sollte, dann müßten sie in Würdigung der Verhältnisse genau denselben Standpunkt vertreten, den heute der Herr Minister eingenommen hat. Leider Gottes tun sie es nicht; immer wieder sprechen sie von der „Unmöglichkeit", die Löhne zu heben und sie den Lebenskosten anzupassen.

Sie begründen diese „Unmöglichkeit" und ihre ablehnende Haltung damit, daß durch eine solche Anpassung „die Industrie zugrunde gehen würde". Ich will nun gar nicht bestreiten, daß es für die in Deutschland tätigen Unternehmer schwieriger ist als für diejenigen des Auslands, die Löhne den Kosten der Lebenshaltung anzupassen: Denn infolge der ganzen Kriegswirtschaft steht ja die deutsche Industrie heute nicht mehr auf der alten Höhe der Leistungsfähigkeit; in den Unternehmungen Deutschlands sind alle die Erneuerungen, wie sie innerhalb der letzten zehn Jahre notwendig gewesen wären und wie die Betriebe anderer Länder sie auch vorgenommen haben, eben nicht vorgenommen worden; in Deutschland hat die Technik hinsichtlich der Betriebserneuerung nicht den gleichen Fortschritt aufzuweisen wie in anderen Ländern. Hierin liegt ja auch mit ein Grund, daß jetzt in den Betrieben unserer Industrien all diese Reformarbeit nachgeholt werden muß, und ich bestreite nicht, daß diese Tatsache die Lösung des Lohnproblems und die Hebung des Reallohns erschwert. Aber heutzutage ist die für die Lebenshaltung der großen Volksmassen bestehende Teuerung derartig, daß die Unternehmer unbedingt alles versuchen müßten, dem außer vom Herrn Minister und dem Begründer der Interpellation auch von mir ausgesprochenen Gedanken dieses „Nachziehens des Lohns" stattzugeben und nachzukommen. Inwieweit die Arbeiterschaft an der Verarmung unseres Volkes teilgenommen hat, das geht ja aus dem Zahlenmaterial hervor, das der in dieser Beziehung verantwortliche Minister des Reiches uns wiederholt geliefert hat. Ich will vom Jahre 1913 ausgehen: Wenn innerhalb Deutschlands im Jahre 1913 der Durchschnittswochenlohn 35,7 Mark betragen hat — und wenn er sich Ende des Jahres 1923 (soweit mit Rücksicht auf die Inflation überhaupt noch eine Berechnungsmöglichkeit gegeben war) nur noch auf 19,23 Mark beziffert, so ist das als ein geradezu furchtbarer Ausfall in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft anzuerkennen. Wenn wir nun das Jahr 1924 ins Auge fassen und feststellen müssen, daß der in diesem Zeitraum bezahlte Reallohn, im Durchschnitt genommen, teilweise noch lange nicht die Höhe des Lohnes von 1913 erreicht hat und wenn man obendrein die Ueberteuerung in Betracht zieht, dann muß man sagen, **daß in Deutschland der Reallohn in erschreckender Weise gesunken ist.** Denn was die soeben erwähnte Teuerung anbelangt, so ist sie nach meinem Dafürhalten höher als 30 Prozent; ich wage sogar zu behaupten, daß heutzutage eine Ueberteuerung der Lebenshaltung gegen 1913 von mindestens 45 **bis 50 Prozent anzunehmen ist.** (Sehr richtig!)

Zur Wiedererlangung unserer Weltstellung brauchen wir Qualitätsarbeit; es ist intensive Arbeit auf all denjenigen Gebieten notwendig, die für den Absatz unseres Marktes in Betracht kommen. Unter den eben dargelegten Verhältnissen aber ist es unmöglich, daß wir diese intensive Arbeitskraft einsetzen können, wie sie zur Zurückerlangung unserer Stellung auf dem Weltmarkt erforderlich ist. **Auch die Industrie muß erkennen, daß für sie selbst nicht etwa die Niederhaltung des Lohnes, sondern daß im Gegenteil eben die Anpassung des Lohnes an die gegenwärtig bestehende Lebenslage das Notwendigste und Nächste ist!** Was nützt es uns denn, wenn wir den Lohn zwar niedrig halten, innerhalb der Arbeiterschaft aber eine tiefgehende Verbitterung erzeugen? Es ist falsch und nicht von Vorteil, wenn wir die richtige Arbeitslust ertöten? Dahin aber muß es kommen, wenn die Massen der Millionen, die jeden Morgen sich in die Fabriken hineinwälzen, nicht mit Erbitterung an ihre Arbeit herantreten. Verbitterte Arbeitskräfte werden nicht dasjenige leisten, was nötig ist und was Deutschland braucht, um in der Welt wieder zur Geltung zu kommen. **„Hebung der Arbeitsfreude": das sollte das Ziel aller vernünftigen deutschen Unternehmer und Volkswirte sein, und sie sollten es sich angelegen sein lassen, alle diejenigen Mittel anzuwenden, die zur Hebung der Arbeitsfreude notwendig und dienlich sind: Einmal anständige Behandlung, dann aber entsprechende Einrichtung des ganzen Betriebssystems, wie sie unter diesem Gesichtspunkt notwendig ist.** Denken wir doch nur an die viele Zeit, die man vergeudet, um den Achtstundentag zu bekämpfen, die man aufwendet, um nachzuweisen, daß man, um in der Welt zu bestehen und weiterzukommen, unbedingt den Zehn- und 11-Stundentag haben müsse. **Hätte man diese schöne Zeit in den Dienst der Aufgabe gestellt, die Arbeits- und Produktionsfreudigkeit unserer Arbeiterschaft zu heben, dann wäre dasjenige, was wir an Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege usw. vermissen, schon längst wieder ausgeglichen!** Mit Löhnen von der Höhe, wie ich sie Ihnen genannt habe, ist es für den Arbeiter auf die Dauer ausgeschlossen, daß er seine Familie, seine Frau und Kinder ernähren kann. Die Industrie mag noch so viel und noch so beweglich von „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" reden: Wir glauben es ihr nur zum Teil (Zustimmungsäußerungen beim Zentrum und aus der sozialdemokratischen Fraktion, Aeußerungen des Widerspruchs rechts) — nur zum Teil! Wir wissen auch ganz gut, warum wir ihre Versicherungen und Behauptungen nur zum Teil glauben: Weil die Vertreter der Industrie eben ganz andere Ziele verfolgen und weil nicht alles mit ihren Reden in Uebereinstimmung steht. Man braucht ja nur eine einzige Tatsache ins Auge zu fassen. Wir wissen alle, daß in den Fabriken tausende von Arbeiter entlassen worden sind: Man braucht ja nur einmal nachzusehen, ob eine im Verhältnis dazu stehende vorgenommene Entlassung von Direktoren und Betriebsleitern der Industrie zu verzeichnen ist. Die Antwort muß lauten: Nein — mehr Kräfte dieser letztgenannten Art sind heute vorhanden! **Diese industriellen Betriebe haben heute durchweg mehr Direktoren als sie früher hatten!** Das ist doch ein Zeichen dafür, daß es nicht in allen Beziehungen sich so verhält, wie man es uns dargestellt hat. Ich habe die Ueberzeugung: Sobald Gewerbe und Industrie die in dieser Hinsicht bestehenden Notwendigkeiten einsehen und sobald die Vertreter der Industrie einmal mit festem Willen all die Mittel, die sie noch zur Verfügung haben, in den Dienst einer Vermehrung der Produktion und der Produktionsfreudigkeit stellen — sobald sie sich bemühen, die Arbeiterschaft nicht zu verbittern, sondern sie jeweils für ihren Betrieb zu interessieren —, dann wird auch **die Weiterführung des Lohnproblems möglich sein, wenn sie auch nur schrittweise ihrer Lösung näher gebracht werden kann.** Aber gerade den eben von mir verlangten festen Willen, mit für eine Abhilfe der Bedrängnisse zu sorgen, vermissen wir in zahlreichen Einzelfällen. Wir vermissen auch den **guten Willen, in dem Arbeiter den Menschen und nicht etwa nur eine Nummer zu sehen zu wollen — ich sage: „den Menschen!"** In den großen Konferenzen der Arbeitgeberkonzerne unterhält man sich doch über alle möglichen Dinge. Wenn man dort in den Konferenzen nur endlich einmal auch den sozialen Gedanken mitsprechen ließe, dann wäre viel gewonnen.

Deutschland.

Diese Methode führt zur Katastrophe...

In Buer fand eine Tagung der katholischen Arbeitervereinspräsides des Stadt- und Landkreises Recklinghausen statt. Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer Entschließung zusammengefaßt. Darin weisen die Präsides alle übrigen Volkskreise und die maßgebenden Stellen auf die wirtschaftliche Notlage hin, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet. Sie wenden sich dagegen, „daß die Wirtschaft oberstes Prinzip und der Mensch ihr untergeordnet sein soll". In der Entschließung heißt es weiter:

„Wie stets der einseitige Machtstandpunkt zu verurteilen ist, so auch jetzt das Bestreben führender Industriekreise, den Arbeitern rücksichtslos den Willen der Arbeitgeber aufzuzwingen. Diese Methode führt zur Katastrophe, aber nicht zum Aufstieg des Vaterlandes. Wir Arbeiterpräsides und Seelsorger, die wir im Volke leben und wirken, die wir die gegenwärtige ungeheure geistige und wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft sehen, sprechen uns in aller Entschiedenheit dagegen aus. Die antisoziale Strömung des Unternehmertums birgt ernste Gefahren in sich, die jederzeit Volk, Staat und Gesellschaft bedrohen und eine ruhige Entwicklung unmöglich machen. Ziel der Wirtschaft darf niemals sein, die Arbeitswerte, die Erzeugung, höher zu bewerten, als die Menschen, diese äußerlich und innerlich zu zermürben und aufzureiben, das Familienleben zu zerstören und das religiös-sittliche Leben des Volkes zu ruinieren. Darum appellieren wir an den christlichen Teil der Arbeitgeber und bitten und beschwören ihn, andere Wege zu beschreiten als von den Führern der Industrie eingeschlagen werden; solche Wege nämlich, die mit der gebotenen christlichen Liebe im Einklang stehen und uns allein zum wirtschaftlichen Aufbau und zur Volksgemeinschaft führen."

Ein evangelisches Zentrumsorgan.

In einem besonderen, von dem Obersten a. D. Dr. R. Bornemann verfaßten Artikel kündigt das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", das baldige Erscheinen einer evangelischen Zentrumszeitung an. Diese Ankündigung wird nicht verfehlen, in weiten Kreisen Aufsehen zu erregen. Der Verfasser motiviert den Zentrumsplan mit einem langgehegten Wunsch des evangelischen Zentrumsangehörigen, in ihrer politischen Partei auch die evangelischen Belange durch eigene Organe vertreten zu sehen. Weiter wird u. a. ausgeführt: Von langer Hand her sind die Vorbereitungen für ein solches Blatt getroffen worden. Zweimal ist in entscheidenden Phasen der Vorbereitungen dem Reichsparteivorstand der Zentrumspartei die derzeitige Sachlage vorgetragen worden, zuletzt am 24. Januar 1925. Beide Male hat er in großzügiger Weise die Vorbereitungen und Absichten der evangelischen Zentrumsangehörigen gebilligt. So wenden wir uns nunmehr an die Oeffentlichkeit innerhalb wie außerhalb der Zentrumspartei mit der Bitte, soweit sie davon überzeugt ist, daß Deutschlands gegenwärtige Aufgabe die Herbeiführung einer großen politischen Zusammenfassung unseres Volkes ist, unser Vorhaben mit allen Kräften zu unterstützen. Der Haupttitel der neuen Zeitung wird heißen: „Die Mitte", der Untertitel „Wegweiser zur politischen Einheit und evangelisches Zentrumsorgan". Die Zeitung soll in freundschaftlichem Hand-in-Hand-Gehen beider Konfessionen die evangelischen Belange innerhalb der politischen Zentrumspartei vertreten. In diesem Sinne werden sich auch evangelische Theologen an der Mitarbeit beteiligen. — Es wird weiter mitgeteilt, daß zunächst eine Probe- und Werbenummer erscheinen soll, der kurz darauf das regelmäßige Erscheinen der Zeitung folgen wird. Um die Zeitung baldmöglichst finanziell sicherzustellen, wird um größere Zeichnungen, Vorannmeldungen zu dem Bezug der Zeitung für längere Frist usw. bei der Gutenberg G. m. b. H., Berlin C. 2, gebeten.

Vertagung der Staatspräsidentenwahl in Hessen.

Darmstadt, 30. Jan. Die hessische Staatspräsidentenwahl ist gestern unentschieden verlaufen. Im ersten wie im zweiten Wahlgang erhielt der seitherige Staatspräsident Ullrich (Soz.) 32 und der frühere Justiz- und Außenminister von Brentano (Zentr.) 34 Stimmen. Da in beiden Wahlgängen die absolute Mehrheit nicht erreicht wurde, ist die Staatspräsidentenwahl in Hessen vertagt worden.

Zur Nichträumung der Kölner Zone.

Die feindliche Auslandspresse hat den Einspruch der deutschen Regierung wegen der Nichträumung der Kölner Zone nur unvollkommen veröffentlicht oder ihn ganz unterdrückt. Es ist daher zu begrüßen, daß die Auslandsaufklärungsstelle des Deutschen Fichte-Bundes e. V., Hamburg 36, Colonnaden 47, diesen Einspruch nebst den der Kölner Stadtverordnetenversammlung und der Kundgebung eines deutschen Völkerrechtslehrers in Flugblattform in deutscher, englischer, spanischer und portugiesischer Sprache herausgebracht hat. Wer Freunde oder Bekannte im Auslande hat, möge sich an der Versendung beteiligen. Die Flugblätter werden nebst den zahlreichen bisher schon herausgebrachten unentgeltlich abgegeben. Bei Bestellung gebe man die gewünschte Sprache und bestimmte Stückzahl an.

Ungarn.

Zwangsmaßnahmen gegen Exkaiserin Zita.

Budapest, 26. Jan. Die Botschafterkonferenz hat in der Tat drei Delegierte, einen Engländer, einen Franzosen und einen Italiener nach Lequeitio, dem gegenwärtigen Aufenthaltsorte der Exkaiserin Zita entsendet, um von ihr eine bündige Erklärung darüber zu erlangen, ob sie Willens sei, auf ihre Ansprüche in Ungarn definitiv zu verzichten. Sollte Exkaiserin Zita keine zufriedenstellende Antwort geben, so ist beabsichtigt, sie neuerlich aus Europa zu verbannen und ihr Madeira als Aufenthalt zuzuweisen. Diese Aktion hängt mit der vom Grafen Julius Andrassy begründeten neuen ungarischen Legitimistenpartei zusammen, die vor allem anstrebt, der Königin Zita und ihrer Familie das Recht zum Aufenthalt in Ungarn zu verschaffen. Die Gesandten der kleinen Entente sind bei der Botschafterkonferenz vorstellig geworden, um Sicherheiten gegen die Rückkehr der Exkaiserin Zita nach Ungarn zu erhalten. Man hält es für ausgeschlossen, daß Exkaiserin Zita auf die Thronansprüche ihres minderjährigen Sohnes und des Habsburgergeschlechtes überhaupt verzichtet und es bleibt abzuwarten, ob in diesem Falle tatsächlich die Verbannung über sie und ihre Kinder ausgesprochen werden wird. Es ist bezeichnend für den rechtlosen Zustand im Völkerleben, daß eine Botschafterkonferenz sich zu solcher Wegelagererpolitik gebrauchen läßt. Wen Ungarn zum König will und bekommt, ist im rechten Lauf der Dinge selbstverständlich nur Sache der Ungarn und des erkorenen Königs selbst.

Italien.

Die römische Opposition.

Rom, 29. Jan. In der gestrigen Abendsitzung des Ausschusses der Aventin-Opposition ist einstimmig Beibehaltung der bisher befolgten intransigenten Taktik beschlossen worden. Der Beschluß des Zentralkomitees der Popolari, der mit der Möglichkeit einer Aenderung der bisherigen Taktik rechnet und von einer passiven zu einer ak-

---

Im lockern Erdreich wächst beim Sonnenglanze, heißt es in Ariosts „Rasendem Roland" (XIII, 69). Wenn man auch derartigen Aeußerungen der schmeichelnden Hofpoeten nicht allzuviel Gewicht beilegen darf, so können sie doch der allgemeinen Stimme schwerlich geradezu widersprochen haben; „auch die Kunst der Schmeichelei hat ihre Gesetze und ihre Grenzen, mit der Welt und den Gebräuchen der Höfe mußte derjenige vollkommen unbekannt sein, der an einer fürstlichen Person solche Eigenschaften rühmte, um deren Mangel willen sie gerade öffentlich geschmäht wurde; denn in diesem Falle würde das Lob zur Satire geworden und dem unvorsichtigen Höfling schlecht bekommen sein". Die Dichter stehen jedoch mit ihrem Lobe Lucrezias keineswegs allein da; Literaten, Staatsmänner und Historiker sprechen sich gleich günstig aus. Anfangs noch recht welt ich gesinnt, machte Lucrezia in Ferrara einen Läuterungsprozeß durch: sie wurde mit den Jahren immer ernster und suchte Trost in der Religion. Namentlich in Zeiten der Not bewährte sie sich als „Mutter des Volkes", bei der auch der Geringste Gehör und Hilfe fand: verpfändete sie doch ihre Juwelen, um den Armen zu helfen. Jovius rühmt, wie die von Jugend auf Verwöhnte dem früheren Luxus vollkommen entsagte und ein ernstes, religiöses Leben führte. Er hebt ausdrücklich hervor, daß sie nicht den bloßen Schein der Religion zur Schau trug, sondern echte Tugend übte. Zum Beweise ihrer werktätigen Liebe führt er die Tatsache an, daß sie aus eigenen Mitteln ein Kloster nebst Kirche für hochadelige Jungfrauen gründete. Neuere Forschungen haben festgestellt, daß Lucrezia im Jahre 1509 in den Dritten Orden des hl. Franziskus eintrat, und es ist sicher, daß sie als Büßerin ihr Leben schloß.

Uraufführung in Nürnberg.

Der Münchener Autor Paul Alverdes, der im letzten Jahre mit seinem teilweise sehr feinen Gedichtband „Die Nördlichen", seinen „Novellen" und der stark reflektierenden Seelenanalyse „Kilian", die mit kraftvollen Naturakzenten im Stil und Art des Aufbaus an die Romantiker, zumal an Stifter, erinnern könnte, oftmals positiv genannt wurde, ist in der Jugendbewegung herangewachsen. Seine Ethik basiert in deren Grundlinien, sie klingt auf in seiner schriftstellerischen Gestaltung.

Jünger der Jugendbewegung waren es auch, die Alverdes fünfaktiges Trauerspiel „Die feindlichen Brüder" (wie Alverdes Gesamtschaften im Verlag „Der weiße Ritter"-Berlin erschienen) bei der Uraufführung am Alten Stadttheater in Nürnberg mit tosendem Beifall überschütteten, das Publikum restlos mitrissen und so mehr denn ein dutzendmal den Autor riefen. Dies Trauerspiel ist von einem sehr belanglosen Weihnachtsspiel abgesehen, das einmal über die Bühne der Münchener Kammerspiele ging. Alverdes erstes dramatisches Werk: es ist ein Werk, entsprossen aus der Not der Gegenwart, aus dem Willen, sich durchzuringen zu Klarheit, Einigkeit dahin zu stellen, wo Parteiung und Haß und Halbheit wüten. Um das Geschlossene im Volk, um das Geeinte im Menschen geht es Alverdes, dessen Stück man die Bemühung um Synthese und Ueberzeitlichkeit wohl anmerkt, der aber in episch breiter Ausschweifung reflektierend abirrt, monologisiert statt handelt.

Manches ist zweifellos dichterisch, manches aber ebenso unzweifelhaft verblüffend banal. Vieles — wie die meisten Aktschlüsse — ist überraschend gekonnt, anderes ist gedehnt, fast unerträglich. Die Gegenwart, die der Dichter überwinden will, läßt sich nicht ausschalten, sie dringt mächtig durch: Das geknechtete Volk ist das deutsche Volk, es ist das deutsche Volk der besetzten Gebiete, in denen Gewalttat geschieht und Schändung der Frauen. Es ist das deutsche Volk, das uneinig sich selbst vernichtet und preisgibt, das nach Metaphysischem greifen will, Zuflucht suchend. Diese Gegenwartsbeziehung brachte wohl auch den Erfolg — den dramatischen Erfolg des Augenblicks. Wäre die Zeitlosigkeit Alverdes geglückt wie etwa einem H. W. Philipp in seinen überzeitlich politischen „Bacchantinnen", hätte er das Mysterium und das Theaterblut Weismantels oder die Vehemenz Bronnens oder das Eruptive Brechts, dann wäre es überflüssig, das Aeußere des Erfolges zu verzeichnen — dann wüchse er über Dramatiker wie Hülsen oder Paul Gurk oder Altenberg hinaus.

So kann man nur glauben, daß er Entwicklung haben kann. Ich halte ihn für einen Epiker. E. L. Schöns Regie bewies, daß dieser Spielleiter auch vom Dramatiker überzeugt ist. Kraftvolle Darsteller wie Lippert, Wüstenhagen, v. Oppen waren um das Werk bemüht und hatten am Beifall starken Anteil. Die Bühnenbilder waren zum Teil recht unglücklich.

Heinz Neuberger.

Landestheater. In der heute, Samstag, den 31. Januar, zur hiesigen Erstaufführung kommenden Groteske „Der Liebestrank" von Frank Wedekind sind die Damen Clement, Kunze und Noorman, sowie die Herren Herz, Kloeble und Müller in den Hauptrollen beschäftigt. Die Inszenierung des Werkes, die seinem Charakter als satirische Groteske, wie in der Darstellung, so auch im Bühnenbild scharf zum Ausdruck verhelfen will, liegt in den Händen des Herrn Baumbach. Die Vorstellung beginnt um halb acht Uhr.

Akademische Ehrung. Professor Dr. Max Wolf, der Direktor der Heidelberger Sternwarte, ist von der preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin zum korrespondierenden Mitglied der physikalisch-mathematischen Klasse gewählt worden.

Ein neues „Jeanne d'Arc"-Drama. Die großen Erfolge der „Heiligen Johanna" von Shaw lassen die französischen Dramatiker nicht schlafen. Eine Verherrlichung der Nationalheldin, wie sie Schiller geschaffen, mochten sie sich gern gefallen lassen, aber die Verherrlichung der Heldenjungfrau durch die Engländer ruft einen französischen Dichter auf den Plan, der ihre Gestalt im „nationalen Licht" erscheinen lassen will. Francois Porche hat ein Jeanne d'Arc-Drama geschrieben, das den Titel führt: „Die großherzige Jungfrau" und demnächst in der Comedie Francaise mit der bekannten Schauspielerin Simonne in der Titelrolle aufgeführt werden wird. Er erklärt, daß er „die wirkliche Johanna zeigen wird, eine Heldin, die durch den reinen Ausdruck ihrer Rasse Weltbedeutung besitzt und eine Volksheldin für alle Länder ist". In dem Charakterbild der Jungfrau sind von Porche besonders die übernatürlichen Kräfte betont.

Pianohaus Lang Kaiserstr. 167/I Telefon 1073 Salamand. Schuhhaus **Günstige Bedingungen** ermöglichen den Kauf eines erstkl. Pianos od. Harmoniums.

tiven Position überzugehen rät, kann aber zur Bildung eines konstitutionellen demokratischen Blockes beider Oppositionen führen, der die anti-konstitutionellen Republikaner und die antidemokratischen Maximalisten und Kommunisten ausschließt, dem aber die Unitarier der Treves-Turati-Gruppe beitreten. Die Giolitti-Gruppe hat die Wahlen unter der gegenwärtigen Regierung für antikonstitutionell erklärt.

Frankreich.

Keine Waggonlieferungen an Frankreich für 1925.

Paris, 30. Jan. Wie „Journee industrielle" erfährt, hat die französische Regierung beschlossen, von den auf das Konto Naturalleistungen vorgesehenen deutschen Eisenbahnwaggonlieferungen in diesem Jahre noch keinen Gebrauch zu machen. Die Lieferungen sollen im Interesse der französischen Eisenbahnindustrie auf mehrere Jahre verteilt werden und die ersten Waggons erst 1926 angefordert werden. Die Meldungen, wonach die französische Regierung zurzeit eine Bestellung von 4000 Waggons nach Deutschland zu vergeben gedenkt, ist in der Form unrichtig. Die 4000 Waggons gehören zu einer Lieferung, die Deutschland kraft des Wiesbadener Abkommens auf Rechnung der Naturalleistungen übernommen hatte. Diese Lieferung wird nun entsprechend den Bestimmungen des Dawesplans erst im Jahre 1926 zur Ausführung kommen.

Ausbau der französischen Rheinflotte.

Straßburg, 30. Jan. In Straßburg ist unter dem Namen „Comitee des Armateurs franais du Rhin" ein Syndikat für die Wahrung der Interessen der französischen Rheinschaffthrt gegründet worden, der Verbände und Gesellschaften angehören, die sich mit der Rheinschiffahrt befassen. Zum Präsidenten des Syndikats wurde der Präsident der Straßburger Handelskammer, Herrenschmidt, gewählt. Man plant einen Ausbau der französischen Rheinflotte in großem Maßstabe.

Polen.

Die Danziger Messe und Polen.

Danzig, 30. Jan. Der polnische Handelsminister richtete an die Direktion der Danziger Internationalen Messe ein Schreiben, in dem er zum Ausdruck bringt, daß die polnische Regierung der Danziger Messe wohlwollend gegenüberstehe. Das gegenwärtige politische Verhältnis zwischen Danzig und Polen bringe es aber mit sich, daß Polen für Danzig keine Werbetätigkeit entfalten könne. Der Minister stellt aber am Schluß seines Schreibens in Aussicht, daß bei einer freundschaftlicheren Gestaltung des Verhältnisses beider Staaten die Grundlage für eine aktive Unterstützung der Danziger Messe wieder vorhanden sein werde.

Rußland.

Attentat auf den Patriarchen Tichon.

Warschau, 30. Jan. Nach Blättermeldungen aus Moskau wurde gegen den russischen Patriarchen Tichon ein Attentat verübt. Während des Gottesdienstes in der russischen Hauptkirche fiel aus den Reihen der Kirchenbesucher ein Schuß, der gegen den Patriarchen gezielt war, aber fehlging. Die Menge, die dem Attentäter die Waffe entriß, konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, den Täter zu lynchen. Er wurde dem Gericht übergeben.

Der Auer-Prozeß.

München, 29. Januar 1925.

Am heutigen vierten Verhandlungstage des Auer-Prozesses wurde zunächst der Gewerkschaftssekretär Gustav Schiefer vernommen. Er gab eine von der gestrigen Darstellung des Geheimrats Döbert abweichende Schilderung der nächtlichen Besprechung Auers mit dem Innenminister Brettreich, dem Auer gesagt habe: Wenn Sie heute (7. November 1918) nicht mehr Ordnung schaffen können, werden wir es morgen tun müssen. — Von irgend welchen Zahlen bezüglich der Stärke der noch vorhandenen Truppen sei in dieser Besprechung nicht die Rede gewesen. Die Besprechung sei nicht so gewesen, daß Auer einen Grund hätte, etwas zu vertuschen. Der Zeuge Syndikus Dr. Jahnbrecher gab Auskunft über seine Revolutionseindrücke und bemerkte, er sei einen Tag vor der Revolution nach München gekommen und habe bei den verantwortlichen Politikern der bürgerlichen Parteien eine außerordentliche Kopflosigkeit bemerkt. Der Ministerpräsident Dandl habe einen jämmerlichen Eindruck gemacht. Kriegsminister Hellingrath habe er im Kriegsministerium nicht auffinden können. Mittlerweile sei die Revolution ausgebrochen. Von Auer habe er es als Tapferkeit empfunden, daß er sich für die Ordnung eingesetzt habe; diese Tapferkeit habe er bei den bürgerlichen Führern sehr vermißt.

Landtagsabgeordneter und damaliger Militärminister Roßhaupter erklärt, Auer habe dasselbe Ziel verfolgt wie er, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Plünderungen zu verhindern. Weder im Ministerrat noch bei den Parteien sei eine Kandidatur Auers als Ministerpräsident nach Eisner besprochen worden. Auch in der Kriegszeit sei ein Eintritt Auers in das Kabinett nicht in Frage gekommen. Für ihn wie für Auer seien Sicherheit, Ruhe und Ordnung die Voraussetzung dafür gewesen, daß die Errungenschaften der Revolution gesichert werden konnten.

Schriftsteller Kaiser schildert die im Dezember 1918 unter der Teilnahme Dr. Buttmanns abgehaltene geheime Sitzung der Frontdelegierten, bei der über die Bildung einer Bürgerwehr gegen die Offiziere und zur Durchführung von Umsturzplänen gesprochen wurde. Die Zeugen Ludwig Greiner und Stadtkommandant Dirr machen Mitteilungen über die Bürgerwehr und die Beteiligung Auers an ihrer Gründung. Auer bemerkt dazu, daß er am 30. Dezember im Nationalrat selbst die Frage der Bürgerwehr behandelt und seine Beteiligung an ihr nicht abgeleugnet habe.

Vernehmung Graf Arcos im Auer-Prozeß.

München, 30. Jan. Im Auer-Prozeß wurde heute Graf Arco vernommen, der dem Gerücht entgegentritt, daß ein Komplott zur Ermordung Eisners bestanden habe. Er habe die Tat ohne jede Beeinflussung durch Auer verübt als eigenen Entschluß, lediglich um des Vaterlandes willen. Es sollte dann der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Timm vernommen werden, der aber erklärte, er lehne es ab, vor Gericht in eine politische Diskussion mit den Kommunisten einzutreten. Es handle sich nur um einen von den Kommunisten aufgenommenen Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Beklagten bestritten dies energisch. Auf den Zeugen wird verzichtet. Der als Zeuge geladene sozialdemokratische Abgeordnete Unterleitner war nicht erschienen.

Zum Attentat auf Dr. Kraft.

Belgrad, 30. Jan.

Wie aus Novisac gemeldet wird, ist in dem Befinden des Dr. Kraft eine Verschlechterung eingetreten. Die Aerzte stellten eine Gehirnerschütterung fest. Bei dem Kranken stellt sich ständiges Erbrechen ein. Er wird dauernd von einem Aerztekollegium bewacht. Nach Informationen von anderer Seite liegt Dr. Kraft im Sterben. — Dr. Kraft war am Sonntag nachmittag mit mehreren deutschen Abgeordneten in einem Banater Dorfe von einer Sturmtruppe der radikalen Regierungspartei überfallen worden. Er wurde dabei durch Stockschläge schwer am Kopfe verletzt.

Demonstration deutscher Studenten in Prag.

Prag, 29. Jan. Gestern abend hatte der akademische Verein der südslavischen Studenten eine Feier angesagt, die jedoch von der deutschen Studentenschaft verhindert wurde. Die deutschen Studenten, die wegen des Ueberfalles auf Dr. Kraft erklärten, die Feier dürfte unter keinen Umständen stattfinden, zogen demonstrativ vor dem Versammlungslokal auf. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Unsere heutige illustrierte Beilage „Sterne und Blumen" bringt in gefälliger Kupfertiefdruckausführung Bilder aus alter und neuer Zeit. Ein illustrierter Artikel „Papst und Kaiser" gibt neue, interessante Gesichtspunkte zu dem großen Kampf zwischen zwei Weltgewalten. In bunter Reihe folgen Aufnahmen vom Colorado, dem Gran Cañon, Venedig, Pforzheim aus der Luft überrascht durch seine Vielgestaltigkeit. Unter der Rubrik „Bilder vom Tage" ist eine Fülle des Interessanten und Unterhaltenden gegeben.

Chronik.

Baden.

Mannheim, 30. Jan.

(Verhaftung eines Spritfabrikanten.) Wie die „Neue Bad. Landesztg." meldet, wurde in Magdeburg der Kaufmann und Geschäftsführer der Spiritusfabrik Obergitter, Gustav Schitt, der zugleich in Baden mehrere Spiritusfabriken leitet, verhaftet. Es wird vermutet, daß die Verhaftung mit der Angelegenheit Weber-Kopp zusammenhängt. Wie verlautet, hat ein badisches Finanzamt das Strafverfahren gegen Schitt wegen Steuerhinterziehung beantragt. Schitt soll in Baden Geheimbrennereien besitzen, in denen er Warenbestände herstellen ließ, die er nach Holland verschoben hat. Eine amtliche Untersuchung ist im Gange.

Pforzheim, 30. Jan.

(Eine Glanzleistung). Nach dreitägigen überaus glänzend verlaufenen Probefahrten der ungemein bergigen Umgebung, die bis nach Weilderstadt ins obere und untere Enztal ausgedehnt wurden und an denen sich die Behörden und die sämtlichen Gemeinden des Würmtal-Verkehrs-Verbandes beteiligten, ist gestern Abend der 6-Radautobus der Firma Büssig in Braunschweig nach Karlsruhe weiter gefahren, von wo er am Freitag früh eine Probefahrt in die Pfalz, am Samstag die Weiterreise ins Oberland antreten wird. Die Probefahrten haben nach einstimmigem Urteil aller Teilnehmer und Fachleute ergeben, daß diese Wagenkonstruktion die bestgeeignetste für schwieriges Gelände ist, da sie straßenschonend und im Betrieb sparend konstruiert ist.

Mühlenbach, 29. Jan.

(Todesfall.) Schon wieder hat der Tod ein Opfer gefordert, nachdem schon in diesem Monat sieben vorausgegangen sind in Anbetracht der Einwohnerzahl es viel erscheint, starb heute mittag die Ehefrau des Joseph Uhl geb. Vollmer nach kurzer Krankheit noch in mittlerem Alter, da auch ihr kleinstes Kind vor acht Tagen zur Erde bestattet wurde. — (Unfall.) Ein Radfahrer von Elzach stürzte an einer abschüssigen Stelle unterhalb dem Heidenacker von seinem Rade, so daß er schwere innere Verletzungen davontrug und das Fahrrad den Abhang hinunterfiel und ziemlich stark beschädigt war. W. T.

Triberg, 30. Jan.

(Aenderung im Kraftwagenverkehr). Vom 1. Februar tritt in dem Kurs des Postkraftwagens Triberg—Schonach eine unterschiedliche Führung an Werktagen und Sonntagen ein. An Sonntagen wird der Kurs fortan schon vormittags gefahren und zwar Triberg Bahnhof ab 8.45 Uhr im Anschluß an die beiden um halb 9 Uhr von Offenburg und Villingen eintreffenden Personenzüge, Schonach an 9.15 Uhr. Die Rückfahrt ab Schonach erfolgt 9.25. Die Ankunft in Triberg 9,50 zum Anschluß an den um 10 Uhr nach Villingen gehenden Personenzug. Die Fahrzeiten an Werktagen bleiben wie bisher, Triberg ab 4,40 nachmittags, Schonach an 5,10, ab 5,50, Triberg an 6,15 nachm.

Villingen, 30. Jan.

(Ein ungetreuer Knecht). Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Villingen hat sich mit den Verfehlungen des Leiters des Arbeitsamtes, Hetterich, befaßt und ihn, nachdem sich ein Fehlbetrag von 4000 Mark herausgestellt hat, seines Amtes enthoben. Hetterich hat die fehlende Summe, über deren Entstehen noch nichts genaueres feststeht, fast ganz durch Beschaffung von anderweitigem Geld decken können. Für die Kasse dürfte ein größerer Fehlbetrag nicht entstehen, sofern sich nicht bei der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung ein noch größerer Fehlbetrag ergibt. Das Geld scheint für Anschaffungen verwendet worden zu sein. Der Grund für die Verfehlungen ist noch nicht aufgeklärt, immerhin hat Hetterich ein auskömmliches Einkommen.

Donaueschingen, 30. Jan.

(Um die Beibehaltung des Bierpreises). Die Verhandlungen zwischen der Fürstenbergischen Brauerei und Wirten wegen einer Erhöhung der Bierpreise haben mit dem Sieg der Wirte geendet. Die Brauerei hat sich im Verlauf der Verhandlungen entschlossen, es bei dem seitherigen Bierpreis zu lassen. Eine Erhöhung hätte zweifellos auch wenig Anklang gefunden.

Singen a. H., 31. Jan.

(Raubüberfall.) Gestern vormittag gegen halb 11 Uhr wurde auf der Straße Singen-Hülzingen an einem 20jährigen Mädchen ein Raub ausgeführt. Der Täter konnte bald darauf in der Person des Schweizer Angehörigen Albert Geisel festgestellt werden. Geisel wurde verhaftet und in das Amtsgefängnis Engen eingeliefert.

Radolfzell, 29. Jan.

(Brand auf Schloß Möggingen bei Radolfzell.) Heute nachmittag gegen 2 Uhr brach auf dem Schloß auf noch nicht aufgeklärte Weise — man vermutet Kurzschluß — in den Oekonomiegebäuden ein Brand aus, der bald großen Umfang anzunehmen drohte. Die Oekonomiegebäude standen binnen kurzem in hellen Flammen. Die herbeigeeilten Bürger- und Feuerwehren von Möggingen und Güttingen mußten in erster Linie das lebende Inventar bergen, u. a. 26 Stück Großvieh, was ihnen auch mit großer Mühe gelang, obwohl die Tiere in das Feuer zurückrennen wollten. Bald traf auch eine Abteilung der Radolfzeller Feuerwehr ein, und den vereinten Anstrengungen gelang es schließlich, das Schloß selbst zu retten, obwohl der eine Giebel bereits Feuer gefangen hatte. Wie weiter gedrahtet wird, schien gegen 6 Uhr abends die Gefahr für das Schloß beseitigt zu sein. Von den umfangreichen Oekonomiegebäuden war nichts zu retten. Sie fielen zum Teil selbst zusammen oder mußten niedergerissen werden. Sämtliche Futtervorräte und landwirtschaftlichen Maschinen sind verbrannt. Das Schloß gehört zur Zeit dem Grafen v. Bodman und wird von Landrat a. D. Frhrn. v. Fürstenberg, sowie einem Pächter bewohnt. Das Schloß wird bereits in Urkunden aus dem Jahre 1448 erwähnt und ist sehr gut erhalten. Wie uns weiter noch berichtet wird, ging durch die Stallung die elektrische Hochspannungsleitung, die durchgeschmolzen ist. Zwei Männer, die die Drähte beseitigen wollten, wurden zu Boden geschleudert, glücklicherweise ohne erhebliche Verletzungen zu erleiden.

Lörrach, 30. Jan.

(Schwindel.) Ein Metzgermeister von Friedlingen wurde vom Schöffengericht zu drei Monaten verurteilt und sein Bruder zu einem

Wie froh

wäre manche Hausfrau, wenn es ihr gelänge, mit wenig Geld ein gutes Kaffeegetränk herzustellen. Diese Möglichkeit besteht bei Mitverwendung von Voelcker Perl. Viele kluge Hausfrauen handeln nach diesem Geheimnis.

Um das Erbe der Drewendts.

Kriminalroman aus der Gegenwart

von Erich Ebenstein.

58)

Andrea wandte sich um und blickte bestürzt in das Antlitz Sabine Drewendts.

„Könntest du uns das wirklich antun, mein Kind?" sagte die alte Dame weich. „Nachdem wir dich so lange und schmerzlich gesucht haben? Mein armer Bruder Andreas und ich haben deines Großvaters Härte nie gebilligt und sind deinem Vater insgeheim behilflich gewesen, als er sein Glück errang und dann daranging, sich ein neues Leben zu gründen an der Seite deiner Mutter. Und auch dein Großvater hat längst bereut und will gut machen, was er kann. Er erwartet dich mit der ganzen ungeduldigen Sehnsucht eines alten Mannes, der nie mehr froh geworden ist nach jenen Stürmen, und der nun sein letztes Glück im Leben von dir erwartet. Willst du ihm das versagen?"

Ein Kampf spiegelte sich in Andreas feinen Zügen. Die Worte der alten Dame hatten sie sichtlich erschüttert. Bewegt reichte sie ihr die Hand.

„Ich danke dir für diese guten, warmen Worte, Tante Sabine," stammelte sie unsicher, „im Namen meiner toten Mutter und in meinem eigenen. Aber nach Wiesental kann ich nicht kommen. Mein Platz, das mußt du doch begreifen, ist bei der die sich des verlassenen Kindes in Liebe angenommen hat, die mir eine zweite Mutter gewesen ist, so lange ich denken kann. Auch sie hat keine frohen Tage gehabt. Auch sie ist alt. Auch sie erwartet mich gewiß mit Sehnsucht. Und sie ist zudem arm! Meine dankbare Liebe ist so ziemlich alles, was sie außer Willy auf Erden besitzt."

Da schlangen sich zwei Arme um Andreas Schultern, und Melanies sonniges Gesichtchen drückte sich an ihre Wange.

„Und warum kannst du nicht trotzdem zuerst nach Wiesental und dann zu ihr gehen? Laß mich für Onkel David bitten, liebe Andrea! Er ist auch arm. Aermer als deine Pflegemutter, denn er hat ja keinen Sohn mehr! Wie arm er innerlich ist das habe ich tausendmal in seinen Augen gelesen, ohne daß er es ahnte. Und arm sein in diesem Sinne ist schlimmer als arm an Gütern sein. Liebe, liebe Andrea, komm mit uns! Bring' uns nach all diesen schrecklichen Tagen doch wieder etwas Sonnenschein nach Wiesental! Sei du jetzt nicht hart, wo das Leben den armen Onkel David weich gemacht hat!"

Sie sprach so innig und schmiegte sich mit so unwiderstehlicher Zärtlichkeit an das junge Mädchen, daß Andrea nur mit einem Kuß und Tränen in den Augen antworten konnte:

„Ja — ich komme! Aber nur für ein paar Tage!"

Melanie umarmte sie stürmisch.

„Wie wollen wir dich alle lieb haben dafür! Du sollst sehen, Andrea du bringst es gar nicht übers Herz, wieder fortzugehen!"

In diesem Augenblick steckte die Wiesentaler Mamsell den Kopf zur Türe herein.

„Ich wollte nur zu fragen gestatten, ob gnädigste Baronesse nicht wissen," wandte sie sich an Sabine, „wo Frau v. Hergsell ist? Sie fuhr mit uns zur Stadt, und nun können wir sie nirgends finden und wissen nicht, sollen wir noch länger auf sie warten oder fährt sie mit den Herrschaften?"

Sabine und Melanie tauschten einen bestürzten Blick.

„Tante Ludowika war hier?" fragte letztere endlich beklommen. „Sie wollte doch daheim bleiben."

„Ja, aber im letzten Augenblick besann sie sich eines anderen. Sie sagte, sie wäre doch neugierig, ob sie Herrn Adolfs Mörder entdeckt hätten, und wer es sei. Wir kamen etwas spät, und am Saaleingang verloren wir sie aus den Augen."

„Mein Gott die arme! Dann mußte sie ja hören ... und wir haben sie alle ganz vergessen!" rief Sabine bleich vor Schreck.

Melanie drängte in fieberhafter Eile zum Aufbruch.

„Wir müssen sofort nach Wiesental und uns ihrer annehmen. Gewiß ist sie schon unterwegs nach dort. Wir dürfen sie in ihrem Schmerz nicht allein lassen!"

26. Kapitel.

Ludowika v. Hergsell hatte gar nicht daran gedacht, nach Wiesental zurückzukehren. Halb irre vor Scham und Schmerz taumelte sie durch die belebten Straßen, ohne Plan und ohne Ziel.

Nur fort! Fort von all diesen Menschen, die die Schmach mit angehört hatten, die Valentin auf sein Haupt geladen!

Sie merkte es gar nicht, daß sie unbewußt auf den Weg nach Wiesental abirrte, daß sie zwischen bekannten Häusern hinschritt, die Landstraße erreichte, Dörfer passierte, daß man sie da und dort grüßte und daß scheue Blicke ihr verstörtes Gesicht streiften.

Erst als die Mühle vor ihr auftauchte, fuhr ihr ein jäher Schreck durch die Glieder, und sie blieb in ratloser Angst stehen.

Wo wollte sie denn hin? Doch um Gottes Willen nicht nach Wiesental zurück.

Eine tiefe Müdigkeit hatte sie plötzlich überfallen. In ihrem Kopf war eine Leere, so endlos wie die Wüste oder das Meer.

Nur träge glitt ab und zu ein Gedanke durch diese Leere. Valentin . . . immer wieder Valentin . . . als Knabe, als Jüngling, als Mann. Wie schön! Wie stolz in seiner siegreichen Frische, in seiner fröhlichen Liebenswürdigkeit, die ihn so unwiderstehlich machte!

„Ein Mörder? Ein kaltblütiger, skrupelloser Verbrecher?"

Scheu sah sie sich um. Hatte das wirklich jemand gesagt?

Sie lachte grell auf. Aber das unheimliche Lachen wandelte sich in ein ruhiges zuversichtliches Lächeln. Sie atmete tief auf.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Monat wegen Betrugs bei einem Schweinekauf. Vor Abholen des Schweines hatten die beiden das Auto auf der Gemeindewage wiegen lassen und nachher wurde das Auto mit dem Schwein gewogen. Dabei fiel dem Verkäufer des Tieres das niedrige Gewicht auf; es stellte sich heraus, daß das Auto vor dem ersten Wiegen mit Steinen beschwert worden war, die vor dem zweiten Wiegen abgeworfen wurden.

Aus anderen deutschen Staaten.

Zur Sonntagsruhe. Im württembergischen Landtag wurde von Zentrumsseite ein Antrag eingebracht, der die Beschränkungen der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe im Bedürfnisfall nach Anhörung der beteiligten Berufsvertretungen unter Wahrung der Rechte der Angestellten durch Vermehrung der Zahl der Sonntage, an denen das Offenhalten von Ladengeschäften gestattet ist, gemildert wissen will.

Heilbronn, 30. Jan.

(Folgen des Sturmes.) Im benachbarten Neckargartach ist infolge des herrschenden Sturmes das Acht-Familienhaus beim Widmannstal, das zur Zeit von der Gemeinde Neckargartach zur Linderung der Wohnungsnot erstellt wird, eingestürzt. Die in dem Neubau sich befindlichen Arbeiter konnten sich in den Keller retten und kamen mit meist leichteren Verletzungen davon. Der durch den Einsturz entstandene Schaden dürfte nicht sehr erheblich sein, da von dem Material vieles wieder verwendet werden kann.

Frankfurt a. M. 30. Jan.

(Wegen Schiebungen verhaftet.) Heute früh wurde der Direktor des hiesigen Wohnungsamtes, Gresser, und andere Beamte des Wohnungsamtes festgenommen, was größtes Aufsehen erregt. Die Verhafteten stehen in dem dringenden Verdacht zahlreicher Wohnungsverschiebungen, die sie gegen hohes Handgeld vermittelten. Der Schwiegersohn des Direktors hat in den Räumen des Wohnungsamtes ein Wohnungsvermittlungsbüro unterhalten und sich im Beisein seines Schwiegervaters betätigt. Ein Architekt und verschiedene Kaufleute sind in die Angelegenheit verwickelt.

Rostock, 30. Jan.

(Aufdeckung eines riesigen Spritschmuggels.) Dem Grenzzollkommissariat in Warnemünde ist es gelungen, einen riesigen Spritschmuggel aufzudecken. Wie die „Mecklenburger Warte" berichtet, handelt es sich um etwa 35 000 Liter Sprit im Werte von 150 000 Mark, die vom Hamburger Freihafen auf dem Wasserwege in einer Schute nach Dömnitz geschmuggelt wurden. Die Schmuggelware wurde dort auf der Eisenbahn verladen und ging u. a. nach Stettin, Charlottenburg, Oldenburg und Rostock, wo sie beschlagnahmt wurde.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 29. Jan. 1925.

Der Rechtspflegeausschuß trat heute ein in die Beratung des Entwurfs einer Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte. Der Berichterstatter (Abg. Schneider-Heidelberg) gab zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die ganze Materie und empfahl eine Neuregelung im Lande Baden im Interesse der Rechtssicherheit und der Geschäftsvereinfachung nach dem Vorbilde der anderen Länder in einer einzigen umfassenden Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte für dringend notwendig, soweit die Gebühren nicht reichsgesetzlich geregelt seien. Nach dem Gesetzentwurf wird in § 2 Ziff. 2 die volle Gebühr die in § 9 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmte Gebühr sein. Der Rechtsanwalt kann aber, wenn seine Tätigkeit von besonderer Wichtigkeit oder Schwierigkeit war, eine den Höchstsatz der gesetzlichen Vergütung überschreitende Gebühr verlangen. Die Gebühren sollen für jede Instanz besonders berechnet werden. — In der allgemeinen Beratung wurde der Wunsch geäußert, auch die Sonderregelung bezüglich des Verwaltungsverfahrens mit dem vorliegenden Gesetze zu verbinden. Ein Redner des Zentrums stellte den Satz auf, daß es im allgemeinen sehr schwer sei, eine feste Taxe für die geistige Arbeit eines Rechtsanwalts festzustellen. Gar zu hohe Gebühren dürfen aber im Interesse des rechtssuchenden Publikums nicht zugelassen werden.

Der Justizminister hat für sich nichts dagegen zu erinnern, daß auch die Bestimmungen der Verwaltungsgebühren mit dem vorliegenden Gesetze verschmolzen werde. Die Reichsgebührenordnung sei im allgemeinen klar und leicht zu handhaben. Der Entwurf stehe auf dem Standpunkt, daß die hohen Streitwerte die niederen Streitwerte mithonorieren müssen, er sei also von sozialer Bedeutung. Die scheinbar hohen Gebühren sollten daher nicht überraschen.

In der Einzelberatung wurden in der ersten Lesung zu § 1 des Entwurfs Einwände nicht erhoben. Zu § 2 Abs. 2, der Gebührensätze festlegen will, bemerkt ein Zentrumsredner, daß das Land Preußen niedrigere Gebühren vorsehe. Der Minister bemerkt hierzu, daß in Preußen die Rechtsanwälte auch die Notariatsgeschäfte führen. Die Tätigkeit der Rechtsanwälte sei eine recht aufreibende und im allgemeinen nicht glänzend bezahlte. Viele Rechtsanwälte seien z. Zt. nicht in der Lage, für ihre Familien etwas zurückzulegen. — Eine längere Aussprache schloß sich an bei Beratung von § 2 Abs. 3, der mit 9 gegen 8 Stimmen bei einer Enthaltung gestrichen wurde.

*

Aus dem Haushaltsausschuß vom 30. Jan.

Der Bericht über den Rechnungshof, der keinerlei Beanstandungen brachte, wurde entgegengenommen.

Ein Steuerantrag, der die Zusammenfassung von Zentrumsanträgen und solchen der sozialdemokratischen Partei brachte, und der eine steuerliche Schonung wirtschaftlich schwacher Lohn- und Gehaltsempfänger bringen soll, wurde einstimmig angenommen. Er lautet:

Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Steuerabzug bei den Lohn- und Gehaltsempfängern in folgender Weise geändert wird:

a) Der steuerfreie Betrag wird auf monatlich 100 Mk. und auf wöchentlich 25 Mk. erhöht.

b) Statt 10 v. H. werden künftig bis zu einem steuerbaren Einkommen von 8000 Mk. 8 v. H. als Steuersatz erhoben. Die Degression bleibt in ihrem bisherigen Umfange bestehen. Beim Vorhandensein von 4 nicht erwerbsfähigen Kindern werden bei einem monatlichen Arbeitseinkommen von nicht über 150 Mk. Lohnabzüge nicht gemacht.

c) Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerabzug kommt nicht zur Erhebung, wenn der Steuerbetrag monatlich 1 Mk., wöchentlich 25 Pfg. nicht übersteigt.

d) Lohnempfänger (Saison-, Kurz- und dergleichen Arbeiter), deren Gesamteinkommen jährlich den unter a) genannten und den nach c) sich ergebenden Betrag nicht übersteigt, können Erstattung der abgezogenen Lohnsteuer beantragen, soweit nicht schon Steuerfreiheit nach b) gegeben ist.

Karlsruhe, den 29. Januar 1925.

Maier-Heidelberg. Heurich. Rückert. Wittemann.

Dann kam ein langes Wegsuchen zu dem Ziel, der heute so schwer gedrückten und schon wieder z. T. verschuldeten Landwirtschaft eine fühlbare und entsprechende Steuererleichterung zu verschaffen. Da aber das Steuerjahr für die Landwirtschaft und zudem auch die Steuergesetze geändert werden sollen, kam man schließlich zu dem Antrag, das Reich zu bewegen, den Landwirten, deren Steuerschuld für den einzelnen Steuertermin nicht über 10 Mk. beträgt, die für Februar und Mai 1925 fälligen Einkommensteuerraten (Vorauszahlungen) bis zur kommenden endgültigen Veranlagung zu stunden. — Gegen den Antrag stimmten 1 Ldb., 1 W. B. und 1 Dnatl.

Dann gab ein Mitglied des Zentrums einen sehr interessanten Bericht über die Entwicklung der Reichs- und Ländersteuern und legte dem Ausschuß nachfolgende Anträge vor:

1. Den Ländern und den Gemeinden muß unter allen Umständen ein eigenes Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer und zur Körperschaftssteuer zuerkannt werden. Der Absicht des Reiches, für sich einen Anteil von 33⅓ Proz. der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer zu beanspruchen, muß entgegengetreten werden. Die Einkommensteuer muß die wesentliche Steuerquelle der Länder bilden. Jede etwaige Erhöhung des Reichsanteils über den bisherigen Anteil von 10 Proz. hinaus muß gegebenenfalls durch entsprechende Erhöhung der Ueberweisungen aus der Umsatzsteuer vollwertig ausgeglichen werden.

2. Eine größere Anspannung der Grund- und Gewerbesteuer ist im Lande Baden für das Jahr 1925 unmöglich und von der gesamten Wirtschaft nicht mehr tragbar.

3. Eine etwa mögliche Erhöhung der Gebäudesondersteuer kann — unter Vorbehalt der Nachprüfung der Erhöhungsmöglichkeit — im wesentlichen nur für die Steigerung des Wohnungsbaues in Frage kommen und kann nicht im allgemeinen Aufwand des Staates und der Gemeinden zugeführt werden.

4. Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer können in ihrem bisherigen Umfange von vielen Teilen der badischen Wirtschaft (Landwirtschaft, Kleingewerbe, auch von einem Teil der größeren Gewerbebetriebe) nicht mehr aufgebracht werden. Erleichterungen und Herabsetzungen müssen kommen. Bei den Vorauszahlungen muß auch die Berücksichtigung der sozialen Momente (hohe Kinderzahl) möglich gemacht werden.

5. Wegen der Behandlung der Lohn- und Gehaltsempfänger soll die zum Antrag Antrag—Heurich getroffene Beschlußfassung des Haushaltsausschusses maßgebend sein. Bei der Erhöhten Zuziehung der Einkommen aus Gehalt und Lohn (über 8000 Mk. hinaus) sollte eine Zwischenstaffelung eingeführt werden.

6. Die Rückgabe der Finanzverwaltung an die Länder ist anzustreben.

Karlsruhe, den 30. Januar 1925.

Der Berichterstatter: Rüger.

An diese Richtlinien schloß sich eine lebhafte Debatte zustimmender Weise an. Diese Richtlinien waren teilweise schon in der Dr. Baumgartnerschen Denkschrift vorgezeichnet, die endlich einmal, wenigstens in diesem finanziellen Teil, auch im Badischen Landtag zur Besprechung kam. Der Finanzminister wird kommende Woche in Berlin Gelegenheit haben, die Wünsche des badischen Volkes, die auch in dem Zentrumsantrag auf Rückgabe nicht nur der Finanzhoheit, sondern auch der Finanzverwaltung an die Länder, ihren deutlichen Ausdruck finden, zu vertreten.

Zum Schlusse der Sitzung wies ein Zentrumsredner auf die Badens Lebensnerv berührenden französischen Rheinkanalpläne hin, ferner auf die Rheinregulierung Schaffhausen-Basel und endlich auf die Donauversickerung. Der Finanzminister versprach, in übernächster Woche über diese hochinteressanten Vorgänge eingehenden Bericht zu geben, zunächst im Ausschuß.

Am Nachmittag kam die Regierungsvorlage (Drucksache 60) zur Beratung. Sie gewährt den Landwirten durch Vermittlung ihrer Organisationen einen Kredit, bezw. eine selbstschuldnerische Bürgschaft des Landes bis zur Höhe von 9,5 Millionen und dazu die Uebernahme von 2 Prozent Zinsen vonseiten des Staates.

Die Vertreter der Landwirtschaft anerkannten dankend das Vorgehen der Regierung. Die Kreditsumme wurde auf 10 Millionen erhöht; aber der Erhöhung des Zinsendienstes für die Staatskasse auf 3 Prozent konnten die Zentrumsabgeordneten und mit ihnen auch Mitglieder anderer Parteien in Anbetracht der notleidenden Kreise des Handwerks und der Wirtschaft und in Anbetracht der belasteten Staatskasse nicht zustimmen. (Auch für die Einkaufsgenossenschaft des Handwerks und der Konsumvereine soll noch eine ähnliche Vorlage kommen.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen. M. R.

*

Vertrustung der süddeutschen Kohlenversorgung?

Im badischen Landtag haben heute die Abg. Ziegelmaier und Gen. folgende Förmliche Anfrage eingereicht:

Ist der Regierung bekannt, daß das Kohlensyndikat beabsichtigt, den Vertrieb und die Wasserverfrachtung der Ruhrkohle für ganz Süddeutschland dem Kohlenkontor Weymeyer u. Comp. zu übertragen und daß damit der Versuch gemacht wird, die süddeutsche Kohlenversorgung zu vertrusten? Ist sie bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das vorerwähnte Vorgehen verhindert und die damit verbundene Benachteiligung des freien Kohlenhandels und der Verbraucherschaft vermieden wird?

Karlsruhe

den 31. Januar 1925.

„Arbeiten und nicht verzweifeln!"

Das ist ein schönes Wort von dem Engländer Thomas Carlyle, dem Mann, der unser Vaterland und unser Volk aufrichtig bewunderte, so daß er schrieb: „Die Zukunft Deutschlands ist die Zukunft der Welt!" Das Wort: „Arbeiten und nicht verzweifeln" ist ein Trost-, Glaubens- und Hoffnungswort für unsere wirre, dunkle Gegenwart — oder sollte es doch sein. Die Not des Vaterlandes mit ihren schweren Auswirkungen auf Wirtschaft und Erwerbsleben, auf Sitte und Kultur frißt vielen ehrlichen Naturen an der Seele. Desto mehr, wenn sie empfindsam u. sehr leicht erregbar sind. Sie, wie auch die stürmischen Vorwärtsdränger, die nicht fähig sind, das langsame Zeitmaß einer ruhigen Entwicklung zu ertragen, geraten leicht in Verzweiflung, wenn sie immer von neuem Not, Elend, Schmach und Schande sich häufen, aber nirgends einen Hoffnungsstern aufblitzen sehen. Man kann verstehen, daß solche Menschen Hoffnung und Glauben verlieren. Und doch — das führt zu keiner Rettung. Unser Volk ist zu tief erschüttert auf allen Lebensgebieten, es ist an der Seele krank. Ein kranker Volkskörper kann nur langsam, ganz langsam gesunden. Weder tatenloses Zusehen, das „alles gehen läßt, wie es gehen mag", noch stürmisches Drauflosgehen kann uns frommen, wohl aber das Uebel noch schlimmer machen. Ohne Glauben, ohne Hoffnung, ohne den Mut zum Leiden und Durchkämpfen des Unglücks sind wir verloren. Was gibt uns immer von neuem Glauben, Hoffnung, Mut? Die Arbeit, die gottgeweihte und gottgesegnete Arbeit an uns selbst und unseres Volkes Seele. Mag sie auch still und unscheinbar sein, mag auch durch sie nur Sandkorn auf Sandkorn sich legen — ist sie mit dem Herzen und mit Gott getan, so ist sie nie vergebens. Schließlich leben wir nicht bloß der Gegenwart, sondern ebenso sehr, ja noch mehr der Zukunft. Vergessen wir auch bei der Arbeit am Volke nicht, was Geibel einmal sagt:

Was uns not, uns zum Heil
Ward's gegründet von den Vätern —
Aber das ist unser Teil,
Daß wir schaffen für die Spätern!

Wer so arbeitet an sich und dem Volke, kann und wird nicht verzweifeln!

Kathol. Jungmännerverein Karlsruhe-Süd. Zum letztenmal führte der Kath. Jungmännerverein der Südstadt am vergangenen Mittwoch abend sein Theaterstück „Im Krug zum grünen Kranze" vor einer großen Zuschauerzahl auf. Genau wie die beiden vorhergehenden Aufführungen dieses Stückes, das mit einem überaus großen Beifall aufgenommen wurde, gaben die Darsteller mit viel Geschick und Hingabe ihre Rollen wieder, sodaß die Letztaufführung einen guten Abschluß der Weihnachtsveranstaltungen des Vereins bildete. Nicht lange will der Jungmännerverein müßig sein, sondern er will mit der Pflege der Geselligkeit fortfahren, um auch diesem Punkte seines Vereinsprogramms gerecht zu werden. Zum kommenden Sonntag werden die Mitglieder und Freunde des Vereins zur Feier des sechsjährigen Stiftungsfestes eingeladen. Wie immer, wird dies ein besonderer Freudentag für die Südstadt werden. Für die Festteilnehmer harrt für den Nachmittag und Abend in der „Walhalla" ein ausgezeichnetes Programm. Die Feier beginnt am Vormittag um 7 Uhr mit der feierlichen Generalkommunion der Jungmänner in der Liebfrauenkirche.

Bei einer Polizeistreife wurden 27 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen festgenommen; ferner wurde festgenommen ein led. Kaufmann aus Nürnberg wegen Urkundenfälschung und Betrugs zur Straferstehung, ein 19 Jahre alter Hilfsarbeiter von hier wegen Unterschlagung.

Aufgefundenes Fahrrad. Auf dem polizeilichen Fundbüro befindet sich ein Herrenfahrrad Marke „Lux", welches von einem Diebstahl herrühren dürfte.

Spiel und Sport.

Sport-Vorschau.

=h. Der kommende Sonntag bringt in der Kreisliga zwei Spiele, die um den Verbleib in der Liga eine größere Bedeutung haben. Das wichtigste Treffen findet auf dem Stadion des F. C. Phönix statt, wo sich die beiden Karlsruher Rivalen **F. C. Phönix** und **K. F. V.** im Punktkampf gegenüberstehen. Obschon Phönix in der Verbandsschlußrunde nicht am besten abschneiden konnte, so darf der Verein dieses Treffen nicht auf die leichte Schulter nehmen, zumal der Altmeister zurzeit eine Formverbesserung durchmacht, die nicht ohne Erfolg sein wird, was ja auch die Spiele der beiden vergangenen Sonntage bewiesen. Wenn die Mannschaft mit dem gleichen Siegeswillen und Energie den Kampf durchführt, wie gegen die absteigenden Mühlburger, so wird ein Erfolg nicht ausbleiben und der Ausgang dieser Begegnung noch fraglich sein.

Nicht weniger von Interesse ist die Begegnung **Frankonia — Gaggenau** auf dem Platze der ersteren, da beide Mannschaften Punkte erringen müssen, um dem drohenden Abstieg zu entgehen. Gelingt es Gaggenau, sein Gegenüber zu bezwingen, so ist für sie die Gefahr einstweilen vorüber und Frankonia wäre der zweite Abstiegskandidat. Doch die Frankonen wissen, um was es geht, so daß der Ausgang dieses Treffens für sie kein anderer sein kann, als ein Punktverlust der Gäste.

Geschäftliches.

Die Ziehung der Konstanzer Münster- und Hochhausener Notburgakirchenbau-Geld-Lotterie findet am 27. Februar 1925 statt. Trotz kleiner Loszahl kommen dennoch M. 45 000.— zur Verlosung. Hauptgewinn ev. M. 30 000.—. Es handelt sich hier um zwei alte, ehrwürdige Baudenkmäler, welche zu erhalten jeder bestrebt sein sollte, was durch Erwerb von einem oder mehreren Losen leicht zu ermöglichen ist. Lose zu 3 M. sind bei allen Losverkaufsstellen und J. Stürmer, Lotterie-Unternehmer, Mannheim, O 7, 11, solange Vorrat reicht, zu haben.

Wetternachrichtendienst d. bad Landeswetterwarte

Voraussichtliche Witterung für Samstag, den 31. Januar 1925: Starke bis stürmische Südwestwinde, mild, zeitweise Regen, Hochschwarzwald oberhalb 1000 Meter Schnee.

Jetzt sage-se, Frau Eisele,
Wie laßt sich deß vereine?
Daß ihre Töchter alle fünf
Schon Männer henn und meine,
Die schlepp ich hin auf jeden Ball,
Zum Tennis und Theater
Un 's End vom Lied isch immer nix
Als 'en moral'scher Kater!
Ich hab' doch nomme zwei, un 's kriegt
E jede g'nug zum Lewe,
Und häßlich sinn — se beide net,
Wo duht's da nomme hewe?

Ja, sehe-se, Frau Beisele,
Deß isch halt e Geheimnis.
Wie mancher hat sei Glück verscherzt
Durch irgend e Versäumnis.
Mei Töchter sin im Haushalt fix
Un wisse gut zu koche,
Versäume nie en Ausverkauf
Un in der Weiße Woche,
Da renne-se zu fünft zum Tietz
Un kaufe, weils net teuer,
En Jungg'sell, der dann so was sieht,
Der stellt sich ein als Freier.
Er weiß halt, wer so praktisch isch,
Der duht zur Hausfrau passe
Un duht sei Geld net unbenützt
Daheim im Kaschte lasse!
Drumm, wann die Weiße Woche kommt,
So gehn-se hin, bei Zeite,
Un lade en Verehrer ein
Ihr Tochter zu begleite.
Un wann-er in deß Warehaus
Dann mitgeht der Schwernöter
Un sieht, wie schönes Weißzeug sie
Sich anschafft schon für später
Un wie-se sachverständich isch
In alle Fraueſache,
Da miest sei Herz en Eisklotz sein
Däht d' Liewe net erwache.
Un wählt-se gar e Hemdle aus
Am Hals garniert mit Spitze
Un sonscht so Sache, hat-er glei
En Pfeil im Herz drin sitze.
Un wann-em dadurch beibracht wird,
Daß nix für d' Eh' isch z' teier,
Un daß-se bares Geld mitbringt
Dann kommt die Glut in 's Feier!
Wann sie 's so mache, finde-se,
Daß 's net an Männer mangelt,
Denn uf die Art, da hat beim Tietz
Mei Jüngschte ihren g'angelt!

Des isch famos, Frau Eisele.
Ich wer-des auch so mache
Am End duht in der Weiße Woch
A mein're 's Glück noch lache.
Denn seit'me Jahr duht schon en Herr
Um unser Lina streiche,
Vielleicht, daß in der Weiße Woch
Ihn 's Schicksal duht erreiche!

No, jedenfalls Frau Beisele,
Duhn sie allein net gehe,
Ich schick mei' Jüngschte mit, die duht
Den Gimpelfang verstehe.
Vor allem gilt's, den junge Herr
Ins Warehaus zu bringe
Un henn'-s'en glücklich drin, dann sitzt
Er auch schon in die Schlinge.
Dann so're Weiße Woch verdankt
Gar mancher 's Glück im Lewe,
Un 's Geld, deß lohnt sich immer wo
Mer dort drin aus duht gewe!

Mein beschte Dank, Frau Eisele,
Sie duhn mich dtef verpflichte,
Ich werr, isch d' Weiße Woch' vorbei,
Dann 's Resultat berichte!

Romeo.

Handel u. Volkswirtschaft.

Börsenbericht.

Berlin, 30. Januar. Die Börse setzte heute zu Beginn ausserordentlich lebhaft ein. Der Ultimo ist völlig überwunden, und die Spekulation schreitet wieder in grösserem Umfange zu Deckungen. Man hörte in erster Linie nur Geldkurse. Auch aus dem Rheinland liegen grössere Aufträge vor; so bewegte sich das Kursniveau im allgemeinen nach oben. Die Führung hatten wiederum Montanwerte, unter denen die oberschlesischen Werte ihren Kurs erheblich verbessern konnten. Auch Phönix standen im Vordergrunde des Interesses, ebenso Harpener und Hoesch. Auch Elektrowerte setzten zu höheren Kursen ein. Stinneswerte lagen abgeschwächt. Grösserer Umsatz entwickelte sich in Kaliwerten, Dt. Kali war wesentlich höher, desgl. Westeregeln. Chemische Werte schlossen sich der Aufwärtsbewegung an, auch Kolonialwerte gingen mit. Unter den letzteren Südsee-Phosphat stark gesteigert + 10. In Neu-Guinea kam noch einmal Material heraus, das gegenüber den gestrigen Kursen mit etwa — 8 Aufnahme fand. Für Auslandsrenten machte sich Abgabeneigung bemerkbar, auch der heimische Rentenmarkt lag lustlos. Die Spekulation scheint ihre Hoffnungen zum Teil aufgegeben zu haben und ist bemüht, ihre Rentenwerte zu einigermassen annehmbaren Kursen abzustossen. Für Kriegsanleihe lautete der erste Kurs 0,740, 3½ Konsols 1,075, 23er K-Schätze 1,70. Der Geldmarkt ist heute noch versteift; Tagesgeld 9—12 Prozent, Monatsgeld 10—13 p. a. Am internationalen Devisenmarkt keine nennenswerten Veränderungen.

Im weiteren Verlauf kam es infolge Gewinnrealisationen zu einer leichten Kursabschwächung, die auch am Montanaktienmarkt in Erscheinung trat. Eine Ausnahme machten Hoesch, Köln-Neuessen und Kattowitzer, die ihre Kurse weiter verbessern konnten. Auslandsrenten lustlos. Von heimischen Renten sind keine Aenderungen zu berichten.

Am Holzmarkt geht die Steigerung der Preise weiter.

Berlin, 30. Jan.

Die **heutigen Devisennotierungen** stellen sich wie folgt:

	29. Jan. Geld	29. Jan. Brief	30. Jan. Geld	30. Jan. Brief
Amsterdam	169.04	169.46	169.04	169.46
Buen.-Aires	1.68	1.68	1.68	1.68
Brüssel	21.91	21.97	21.65	21.71
Oslo	64.17	64.33	64.17	64.33
Kopenhagen	75.06	75.24	74.91	75.09
Stockholm	113.02	113.30	113.02	113.30
Helsingfors	10.56	10.60	10.56	10.60
Italien	17.50	17.54	17.44	17.48
London	20.11	20.16	20.09	20.12
New-York	4.19	4.20	4.19	4.20
Paris	22.72	22.78	22.70	22.76
Schweiz	80.95	81.15	80.92	81.12
Spanien	59.98	60.12	59.97	60.13
Lissabon	20.08	20.12	19.98	20.02
Japan	1.61	1.61	1.61	1.61
Rio de Jan.	0.48	0.48	0.48	0.48
Wien	5.90	5.92	5.90	5.92
Prag	12.48	12.52	12.46	12.50
Jugoslavien	6.84	6.86	6.85	6.88
Budapest	5.83	5.85	5.83	5.85
Sofia	3.05	3.07	3.05	3.06
Danzig	79.80	80.00	79.65	79.85

Mannheimer Produktenbörse vom 29. Jan. Weizen, inländischer, 27,50—28, ausländischer 34—36, Roggen, inländischer 26,50—27, Roggen ausändischer, 30,5—31, Hafer, inländischer, 19—21, ausländischer, 21—25, Braugerste 30,5 bis 34,5, gelber Mais im Sack 23,5—23,75, Wiesenheu, Rotklee usw. unverändert. Weizenmehl spezial Null 44—46,5, Roggenmehl 39—43, Weizenkleie 10,5—16. Tendenz sehr fest.

Mannheimer Viehmarkt vom 29. Jan. Auf dem heutigen Viehmarkt sind aufgetreten: 91 Kälber, 130 Schweine, 450 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden für Kälber II. Qualität 66—70, III. 62—66, IV. 56—60, V. 50—56. Für Schweine I. 53—75, II. 53—75, III. 52—60, IV. 73—75, V. 71—73, VI. 60—66. Ferkel und Läufer 16—39. Der Markt verlief mit Schweinen ruhig, mit Kälbern ruhig, mit Ferkeln und Läufern lebhaft.

Keine Zollgrenze mehr. Seit einigen Tagen findet bei der Ausreise nach Oesterreich und der Schweiz die Zollkontrolle in Lindau nicht mehr statt. Dies entspricht einem oberbehördlichen Erlass, wonach die Ausfuhr deutscher Waren im Reiseverkehr gestattet ist. Es findet also nurmehr die Passkontrolle statt. Sofern einfuhrzollpflichtige Waren mitgenommen werden, sind bei den Eingangsstellen in Oesterreich bezw. der Schweiz zu verzollen. Damit ist der Vorkriegszustand wieder hergestellt.

Das Konkursverfahren ist über das Vermögen des Kaufmanns Franz Hodapp in Karlsruhe (Uhlandstrasse 44) eröffnet worden. Konkursforderungen sind bis zum 25. Februar beim Amtsgericht A 3 Karlsruhe anzumelden. Prüfung der Forderungen am 17. März.

Schneeberichte.

Feldberg, 30. Jan., früh. 37 Ztm. Pulverschnee, —1 Grad, Nebel, steifer Süd-West, Skibahn sehr gut.

Furtwangen, 30. Jan., früh. 10—15 Ztm. feuchter Schnee. 4 Grad, Tauwetter, Skibahn in höheren Lagen fahrbar.

Ruhstein, 30. Jan., früh. 15 Ztm. trockener Neuschnee, 0 Grad, starker Schneefall, Skisport möglich.

Unterstmatt, 30. Jan., früh. 15 Ztm. nasser Schnee, davon 10 Ztm. Neuschnee, etwas Schneefall, Nebel, leichter West. Skibahn fahrbar bis 700 Meter.

Hornisgrinde, 30. Jan., früh. 25—30 Ztm. Pulverschnee, davon 10 Ztm. Neuschnee, —1 Gr., Nebel, Westwind, Skibahn gut.

Hinweis.

Unserer heutigen Gesamtauflage ist eine 4seitige Beilage der Firma Geschwister Knopf, Karlsruhe, „Weiße Woche" beigegeben, auf die wir besonders aufmerksam machen.

Fer. II., hora II., 2. Febr., in Rastatt
exhortatio et confessio.

Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wilh. Johner, Karlsruhe i. B., Adlerstraße 42. Rotationsdruck der Badenia, A.-G. Hauptschriftleitung: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: J. Th. Meyer, für Nachrichtendienst und Feuilleton: Dr. H. A. Berger, für Lokales und Chronik: Fr. Laule, für Anzeigen und Reklamen: Josef Ellenbast, sämtliche in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Joh. Hoffmann, Berlin NW. 7, Luisenstraße 31 b.

Eier-Teigwaren sowie Weizenmehl Weizengries trotz enormen Aufschlags noch zu den alten Preisen erhältlich bei
Bucherer

Voranzeige:
Schwarz-Rot-Ball
Samstag, den 28. Februar 1925
in sämtl. Räumen der städt. Festhalle

Husten Atemnot Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden umso lieber, womit sich schon viele Tausende von ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.
Walther Alhaus, Heiligenstadt (Eichsfeld)

Stadtanleihen Pfandbriefe
zu hohen Preisen gesucht. Angebote unt. Nr. 1208 an die Geschäftsstelle, Adlerstraße 42.

Guter Schlaf
ist das beste Heilmittel. Metallbetten für Groß und Klein, m. od. ohne Zuzahlung, Stahlmatratzen, an Private. Bequeme Bedingung. Katalog 74 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bucherer
Frisch eingetroffen:
Salzheringe
Stück 7 Pfg.
Bismarckheringe
Rollmöpse
Hering in Gelee
Liter-Dose
Mark 1.20
Bucherer

Woll- und Strickwaren wie
Damenjacken
Damenwesten
Kinderjäckchen
Kindermäntelchen
Herrenwesten
weit unter Preis

Meine Weisse Woche beginnt bereits Samstag, den 31. Januar
In einzelnen Artikeln bis zu 25%
Rabatt trotz noch vorhandenen Inventurpreisen.
Günstiger Einkauf in Aussteuerartikeln, Bettfedern etc.
Vorteilhaft billig und bekannt beste Qualitäten.
Südstadt — Paul Hügel — Schützenstr. 19
Beachten Sie meine Preise am Fenster.

Baumwollwaren aller Art
Weißwaren, Hemdentuch 75 Pfg.
Tricotagen:
Einsatzhemd 3.-, Wolle gemischt 2.80
Strumpfwaren
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Herren-Wäsche
Kragen, Krawatten, Oberhemden
weit unter Preis

Billige Woche in Hosen
lange und Sporthosen, Anzüge, Mäntel, Joppen, Loden- und Gummimäntel, alles in guter Qualitätsware zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Badische Kleider-Zentrale
Zirkel 30 Karlsruhe Tel. 4120
gegenüber der Badischen Presse.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.
Institut Winkler, München B 40
Nymphenburgerst. 168

Brennholz
trockene Ware, Buchen und Tannen, in jeder Verarbeitung liefert ab Lager und frei Keller zu billigsten Tagespreisen, die
Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
Durlacher Allee 58 Kaserne Gottesaue
Telefon 5423.

Gar. rein. erstkl. Qualitäts-Bienen-Honig
(keine minderwertige Auslandsware) versendet in Postkollis von 1½ Pfund an
Großimkerei Ebersbach i. Sa. Billigster Preis auf Anfrage.

Stoffe zur Kommunion für Knaben und Mädchen
zum billigsten Preis
WILH. BRAUNAGEL
Herrenstrasse 7
zwischen Kaiserstrasse und Schlossplatz.

Gottesdienst-Ordnung.

St. Stephanskirche.
Sonntag: ¼6 Uhr: Frühmesse; 6 Uhr: hl. Messe; 7 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Schulkinder; 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: levit. Hochamt mit Predigt; ¼12 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; ¾2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; ½8 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft; 6 Uhr: Abendpredigt mit Segen. –

St. Vinzenzkrankenhaus.
Sonntag: ½7 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr. Amt.

St. Bernharduskirche.
Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: hl. Messe mit Generalkommunion der Schulkinder; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Predigt und Hochamt; ¼12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; ½3 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft. –

St. Martinskirche (Rintheim).
Sonntag: ½9 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 2 Uhr: Andacht.

Liebfrauenkirche.
Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: Kommunionmesse mit Generalkommunion des Jungmännervereins, hernach gemeinsame Monats-Kommunion der Schulkinder; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; ¾12 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; ½8 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft.

St. Bonifatiuskirche.
Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse (Schwesternkongregation); 7 Uhr: Singmesse mit Predigt (Monatskommunion der Männer und Jünglinge); 8 Uhr: Singmesse mit Predigt (Monatskommunion der Schulkinder); ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt und Hochamt; ¼12 Uhr: Singmesse mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; ½8 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft; ½9 Uhr: feierl. Aufnahme der Schwesternkongregation mit Predigt, Prozession und Segen.

St. Peter- und Paulskirche.
Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; Monatskommunion der Schüler; ¾8 Uhr: Generalkommunion der Erstkommunikanten; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Predigt und Hochamt; ¼12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; ½3 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft mit Segen. –

St. Konradskirche (Telegr.-Kaserne).
Sonntag: 7 Uhr: Austeilung der heil. Kommunion (gemeinsame Kommunion der Schulkinder); ½10 Uhr: Amt mit Predigt; ½3 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft mit Segen. —

Städt. Krankenhaus.
Samstag: 2—3 Uhr: Beicht. — Sonntag: ½9 Uhr: Singmesse mit Predigt.

Hl. Geistkirche (Daxlanden).
Sonntag: ¾6 Uhr: Kommunionmesse; 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Predigt und Hochamt; ¾11 Uhr: Christenlehre; 2 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft; dann Erteilung des Blasiussegens. –

St. Michaelskirche (Beiertheim).
Sonntag: 6 Uhr: Beichtgelegenheit; ½7 Uhr: Frühmesse; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt (Monatskommunion der Schulkinder); ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt und Hochamt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft mit Segen; 6 Uhr: Rosenkranz in der Michaelskapelle.

St. Josefskirche (Grünwinkel).
Sonntag: 6—7 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion für die Schulkinder; ½10 Uhr: feierl. Kerzenweihe und Hochamt; ¾11 Uhr: Erteilung des St. Blasiussegens; 2 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaftsandacht mit Segen und Erteilung des St. Blasiussegens; 5 Uhr: Rosenkranz. —

St. Nikolauskirche (Rüppurr).
Sonntag: 6—7 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Jungfr.-Kongregation und Kinder; 9 Uhr: Kerzenweihe und Amt mit Predigt; 2 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft, dann Erteilung des Blasiussegens. –

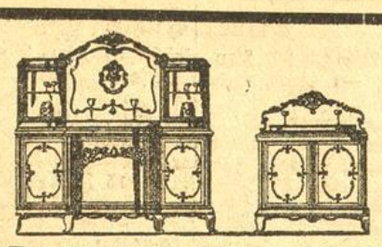
Heilig Kreuz (Knielingen).
Sonntag: ½7 Uhr: hl. Kommunion; 10 Uhr: Predigt und Amt, Kommunion der Schulkinder; 2 Uhr: Christenlehre; ½3 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft.

Eggenstein.
Sonntag: 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; 1 Uhr: Andacht zur allerl. Jungfrau.

Bulach.
Sonntag: ½8 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Schulkinder; ½10 Uhr: Kerzenweihe, Hochamt mit Predigt und Segen; ½2 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft mit Segen, Erteilung des Blasiussegens.

Durlach.
Samstag nachmittag: 4—7 Uhr Beichtgelegenheit für die Frauen und Mütter; 6 Uhr: Salveandacht zu Ehren der lb. Mutter Gottes. — Sonntag: 6 Uhr: Beichtgelegenheit für die Frauen und Mütter; 7 Uhr: Frühmesse und Monatskommunion für dieselben; ½9 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; ¾10 Uhr: Predigt und Hochamt; 11 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; 2 Uhr: Corporis Christi-Bruderschaft mit Segen. — Die Versammlung des Müttervereins ist um 14 Tage verschoben.

Heilig Kreuz (Grötzingen).
Samstag: 4—7 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag (Feier zur Einführung der Kuratie): 8 Uhr: heil. Messe; vor und während der hl. Messe Austeilung der hl. Kommunion; ½10 Uhr: Festpredigt und levit. Hochamt mit Orchestermesse; ¼12 Uhr: hl. Messe; ½3 Uhr: feierl. Vesper; nachher Erteilung des Blasiussegens — Während der Woche jeden Morgen ½8 Uhr: heil. Messe. — Freitag: Herz Jesu-Amt.



Möbel

jeglicher Art liefern in hocheleganter, gediegener Ausführung sehr preiswert

Karl Thome & Co.
Möbelhaus **Karlsruhe**
Herrenstr. 23, gegenüber der Reichsbank
Franko-Lieferung auch nach auswärts.

WEISSE-WOCHE

Durch **Ersparung** von **Laden-** und **Personalspesen** die **denkbar größten Vorteile** beim Einkauf.

Hemdentuche	Mtr. 90, 70, 58 Pfg.	**Bett-Barchente**	1.30/br., 3.50, 2.80 M.
Haustuch	1.50/breit 2.20, 1.70 Mk.	**Bett-Barchente**	82/br., 2.20, 1.80 M.
Halbleinen	1.60/breit, 3.50, 2.90, 2.40 M.	**Anzugstoffe**	Mtr. 15.–, 10.50, 6.50 M.
Damaste	1.30/breit 3.50, 2.80, 1.80 M.	**Kleiderstoffe**	„ 4.50, 3.30, 2.– M.
Bettuchbieb.	1.50/br., 2.90, 2.60, 1.90 M.	**Zefir**	Mtr. 1.90, 1.40. –.90 M.

Woll-Decken, Federn und Daunen

Streng reelle Bedienung Verkauf nur gegen bar

Etagen-Geschäft **ERNST JUNGE** **Kaiserstr. 79 2 Treppen**

Nächste Wochen Ziehung!

45 000
75 000
150 000

Konstanzer / Hochhauser Lose 3 M. 10 St 29 M. Ziehung 27. 2.
Mainzer Lose 2 M. 10 St. 19 M. Zhg. 13. 2.
Deutschtum l. 3 M. 10 St. 29 M. Zhg. 12. 2.
Porto und Liste je 30 Pfg.
Gesamt-Gewinne
Postscheckkonto Karlsruhe 17043

Losbriefe mit sofort. **Gewinnauszahlung**
Preis 1 M. 11 St. 10 M. Porto 20 Pfg. bei
J. Stürmer Mannheim O 7.11 Lotterie-Untern.
und allen Losverkaufsstellen

Liederhalle Karlsruhe.

Masken-Ball.

Samstag, 7 Febr. 1925, abds. 8 Uhr, in sämtlichen Räumen d. Festhalle. Ab 9 Uhr Kabarett im kleinen Saal. 9 Preise für schönste u. originellste Kostüme 4 Orchester. Zutritt nur für Mitglieder u. eingeladene Herren. Apachenkostüme und dergl. nicht zugelassen. Sportkostüme nicht erwünscht. Zugelassen nur Ballanzug od. Kostüm. Eintritt Mitgl. 2 M., von Mitglied eingef. Herr. 5 M., Studier. 2 M. Kartenverk. im Löwenrachen Sonnt. 1 Febr. 11—1 Uhr u. Mittwoch 4. Febr. 7—8½ Uhr sow an d. Abendkasse. Tischkarten nur im Löwenrachen.

Pfannkuch

Wurstwaren

Feinste Norddeutsche **Mettwurst**
bayrische **Bierwurst**
Delikateß-**Leber- und Blutwurst**
¼ Pfund **50** Pfg.
Thüringer **Land-Leberwurst**
¼ Pfund **40** Pfg.
Feinste **Leber- und Blutwurst**
¼ Pfund **25** Pfg.
1 Pfd. **95** Pfg
Allerfeinste Thüringer **Salami- und Cervelatwurst**
hart, ¼ Pfund **75** Pfg.

Pfannkuch

Mahnung an Zahlung des Schulgeldes.

Das Schulgeld der **Handels-, Höheren Mädchen-, Oberreal-** und **Real-Schule** für das 3. Dritteljahr (Weihnachten bis Ostern) des Schuljahres 1924/25 ist am **2. Februar 1925** zur Zahlung fällig (vergleiche hiewegen den jedem Zahlungspflichtigen im Spätjahr 1924 zugestellten roten Schulgeldforderungszettel).

Die Zahlung des Schulgeldes hat innerhalb einer Woche nach dem Fälligkeitstermin zu erfolgen:

in bar oder mit Scheck: a) bei der Stadtkasse (Rathaus); Kassenstunden vormittags; b) in Brötzingen und Dillweißenstein beim Gemeindesekretariat;

durch Ueberweisung: auf das Postscheckkonto der Stadtkasse Nr. 10 526 beim Postscheckamt Karlsruhe oder auf die Konten der Stadtkasse bei den hiesigen Banken und der Stadtkasse.

Bei Ueberweisung ist jeweils der Betreff der Zahlung und die auf dem Forderungszettel stehende Registernummer anzugeben.

Bei Zahlung am Schalter der Stadtkasse und der Gemeindesekretariate Brötzingen und Dillweißenstein ist der Schulgeldforderungszettel mit vorzulegen.

Für alle nicht rechtzeitig erfolgte Zahlungen muß die vorgeschriebene Versäumnisgebühr von 2 v. H. des Schulgeldbetrags entrichtet werden. Außerdem müßte bei Nichtzahlung zwangsweise Beitreibung des Schulgeldes erfolgen.

In begründeten Fällen kann Ratenzahlung bewilligt werden. Anträge wären unter Vorlage des Schulgeldforderungszettels auf Zimmer Nr. 19 der Stadtkasse zu stellen.

Pforzheim, den 29. Januar 1925.
Stadtkasse.

Aufnahme in die Volksschule.

Die Aufnahme der an Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder erfolgt am

Montag, den 2. Februar d. J.,

von 8—12 und von 2—4 Uhr. Anzumelden sind alle Kinder, die bis zum 30. April d. J. ihr 6. Lebensjahr vollenden. Wir verweisen auf unsere Bekanntmachung vom Samstag, den 24. Jan 1925.

Karlsruhe, den 31. Januar 1925.
Das Stadtschulamt.

Bauarbeitenvergebung.

Zur Herstellung des Gestühls, des Gestühlbodens und der Türen für die neue Kirche in Weitenung o. Bühl sind nach den bei den Erzb Bauämtern geltenden und daselbst einzusehenden Vorschriften öffentlich zu vergeben:

Schreinerarbeiten,
Schlosserarbeiten,
Anstreicherarbeiten.

Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen im Erzb. Bauamt Karlsruhe, Beiertheimer Allee Nr. 16, vormittags zwischen 9 und 12 Uhr zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebote nach Einzel- und Gesamtpreisen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens Mittwoch, den 11. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, eingereicht sein müssen. Arbeitsbeschriebe werden nicht verabfolgt. Zuschlagfrist 14 Tage.

Karlsruhe, den 28. Januar 1925.
Erzb. Bauamt.

Für **Felle** Hasen — Kanin — Rehe Füchse — Marder — Iltis Wiesel — Dachse etc. zahlt reell und **die höchsten Preise**
Gross-Kürschnerei **Wilh. Zeumer**
Kaiserstrasse 125/27

Witwe, Anfang 30, mit angenehmem Aeußern, praktisch veranlagte Hausfrau, ruhige, heitere Natur, wünscht **Wiederverheiratung** mit Herrn von ausgeglichenem Charakter in gesicherter Lebensstellung, der gemütliches, trauliches Daheim zu schätzen weiß und den vorhandenen 2 Kindern (Bub u. Mädel) liebevoller Vater wird. Schöne Aussteuer sowie etwas Vermögen vorhanden. Zuschriften, mögl. m. Bild, unter 1236 an die Geschäftsstelle. Vermittl. erwünscht.

An alle ehemaligen 109er

des

Aktiven-, des Reserve-, des Landwehr-Regiments und des Landsturms.

Am **Dienstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr** im Saal des „Löwenrachen" (Kaiserpassage)

Große Grenadier-Zusammenkunft

zwecks Besprechung über das

Denkmal und den Regimenstag 1925

Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig!

Kameradschaft Bad. Leib-Grenadiere
Hauptausschuß Karlsruhe.

Badisches Landestheater

Samstag, den 31 Jan. 7½—10 U. (4.50) Th.-G. II. Sond.-Gr.
Zum erstenmal:
Der Liebestrank.
Groteske in 3 Aufzügen von Frank Wedekind.

Wer über die Ereignisse des Bodenseegebietes und des bad. Oberlandes eingehend unterrichtet sein will, der bestelle die in diesen Gebieten verbreitetste Tages-Zeitung, die

Deutsche Bodensee-Zeitung

Dieselbe erscheint wöchentlich 6 Mal als Frühzeitung und verfügt über einen umfangreichen politischen und lokalen Nachrichtendienst, welcher von keiner anderen Tageszeitung dieses Gebietes erreicht wird. Infolge der großen Auflage (über 13000 Abonnenten) erzielen Anzeigen jeder Art — sichersten Erfolg. —

Verlangen Sie Probe-Nummern!

Post-Bezugspreis (mit Zustellgebühr) — — Mark 2.40 monatlich. — —

Hauptgeschäftsstelle: Konstanz a. B.
Münsterplatz 7 Telefon 43 u. 170

Geschäftsstellen in den Städten: Radolfzell, Singen a. H., Ueberlingen a. B. Stockach, Meersburg und Markdorf.

90 Trägerstellen in Landgemeinden

Wo kaufe ich meine **PELZE** am billigsten beim
Kürschner Neumann
Erbprinzenstrasse 3
der sie selbst verarbeitet

Colosseum

Ab morgen das vollständig neue
VARIETE-PROGRAMM.

Grosse Sparwoche
vom 31. Januar bis 7. Februar.

Auf die noch vorrätig. Damen-, Backfisch- u. Kindermäntel in Flausch u. Velour de laine, Wollwesten, Jacken, Kostüme, Röcke, Kleider etc.

10—30% Nachlass

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmstr. 36, 1 Tr.
Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen

Grosse Auswahl
bester Solinger Taschenmesser — Rasiermesser - Rasierapparate - Rasierutensilien
Haar- u. Bartschneidemaschinen
Nagelpflegeartikel
Scheren aller Art
Tischbestecke - Tranchiermesser
Löffel
Geschenk-Artikel
günstige Preise.
Geschw. Schmid
Kaiserstrasse 88
Nähe Marktplatz. Tel. 3394
Reparaturwerkstätte und Feinschleiferei

Zur würdigen Vorbereitung auf die

hl. Erstkommunion

empfehlen wir

Dompräbendar **Karl Fischer's**

Briefe

an die lieben

Erstkommunikanten.

Ein Vorbereitungsbüchlein.
30. Tausend
ungebunden ℳ —.20; kartoniert ℳ —.60
in Geschenkband gebunden ℳ 1.20.

Pressestimmen:

..... Die Briefe sind herzlich geschrieben, enthalten eine große Fülle herrlicher Gedanken und praktische Belehrungen für Erstkommunikanten. (Rosenhain).

..... Sie kommen aus einem warmen Priesterherzen und finden deshalb auch den Weg zu den Herzen der Kinder. (Liter. Rundschau, München).

..... In vorliegenden Briefen ist der Verfasser ein sicherer Führer zum großen Tag. Die Kinder werden gern und mit Nutzen diese Briefe lesen. Wir wünschen das Schriftchen in die Hand eines jeden Kommunionkindes. (Korr. für katholische Jugend-Präs.).

..... Diese inhaltsreichen Briefe eines großen Kinderfreundes und guten Seelenkenners treffen den kindlichen Ton ausgezeichnet. (Literar Handw.).

Badenia A.-G. f. Verlag und Druckerei **Karlsruhe.**

Chaiselongues
in gutgearb., v. 35 Mk. an. **Köhler,** Schützenstraße 25.

Polierter **Spiegelschrank**
2-türig, so ort billig zu verkaufen.
Kaiserstr. 65, 2 Trepp.

Strümpfe
werden zum stricken angenommen.
Maschinenstrickerei Englmann
Adlerstraße 4

Ia Bronze-Glocken
Gebrüder Bachert
Karlsruhe, Baden.

Ein Meisterstück der Klavierbaukunst ist ein
Piano
von **C. F. Glaß & Co.,** Heilbronn. Alleinverkauf: **G. Kunz,** Kronenstraße 10.

Tanz-Lehrinstitut
J. Braunagel
Nowacks-Anlage 13
Telefon 5959
Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht jederzeit
Gefl. Anmeldg. jedz Unterrichtslokal: ob. Saal Hotel Nowac

Konservatorisch gebildete Dame erteilt **Klavierunterricht**
Näheres **Woll,** Kaiserallee 113.

Gute **Leghühner** u. zerlegb. Ställe lief. **Geflügelhof** i. Mergentheim A 64. Katalog frei

Pfannkuch
Krankenwein
Vermouth

Branca
¼ Flasche
1.50 Mk.
einschl. Glas und Steuer
Pfannkuch

Möbelfabrik Gebr. Klein
Lager: Durlacherstrasse 97 **Karlsruhe** Fabrik: Rüppurerstrasse 14

Wir empfehlen besonders preiswerte
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer sowie Einzelstücke
Erstklassige Ausführung. Zahlungserleichterung.